

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der 11. und 12. Sitzung des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2012/2013 vom 5. November 2012

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.00 Uhr

| | |
|---------------|---|
| Vorsitz: | J. Lisibach (SVP) |
| Protokoll: | K. Lang |
| Entschuldigt: | Beide Sitzungen: Stadtpräsident M. Künzle, B. Günthard Fitze (EVP), K. Cometta (GLP), S. Gygax (GLP), O. Seitz (SP) |

Traktanden

| Trakt. Nr. | Gesch. Nr. | Geschäftstitel |
|------------|------------|---|
| 1.* | | Protokolle der 5./6. und 7./8. Sitzungen |
| 2.* | 12/003 | Antrag und Bericht zum Dringlichen Postulat R. Diener (Grüne/AL), Ch. Baumann (SP), A. Steiner (GLP/PP) und L. Banholzer (EVP/EDU) betreffend Veloquerung beim Bahnhof Grüze, Anbindung an Veloschnellroute |
| 3.* | 12/088 | Kredit von Fr. 1,660 Mio. für die Aktualisierung der ICT -Infrastruktur in den Sekundarschulen und jährlich wiederkehrender Kredit von Fr. 142'180.-- für deren Nutzung |
| 4.* | 12/106 | Beteiligung der Stadt Winterthur an der "Swisspower Renewables AG" mit Fr. 25 Mio. |
| 5.* | 12/081 | Kommunale Volksinitiative «Stiftung für bezahlbaren Wohn- und Gewerberman» |
| 6.* | 12/096 | Kredit von Fr. 800'000.-- inkl. MWST für die Weiterführung der Projektierungs- und Ausführungskoordination sowie der Öffentlichkeitsarbeit und der Gesamtleitung der Masterplanung Stadtraum Bahnhof |
| 7.* | 12/091 | Kredit von Fr. 600'000.-- für einen Fuss- und Veloweg «Rund um Winterthur» |
| 8.* | 11/008 | Beantwortung der Interpellation E. Wettstein (SP) betreffend Rund um Winterthur |

- 9.* 11/100 Begründung des Postulats M. Wenger (FDP), A. Steiner (GLP) und M. Wäckerlin (PP) betreffend Entwicklung der Wegzeiten pro Transportart
- 10.* 11/112 Begründung des Postulats M. Wäckerlin (PP), H. Keller (SVP) und M. Wenger (FDP) betreffend MIV Querung Grüze
- 11.* 11/076 Beantwortung der Interpellation A. Steiner (GLP/PP) betreffend Aktionen gegen das Littering
- 12.* 12/043 Begründung der Motion F. Landolt (SP) und R. Diener (Grüne/AL) betreffend Kreditvorlage für die städtebauliche Aufwertung und die Steigerung der Aufenthaltsqualität auf dem Museumsplatz
13. 10/133 Beantwortung der Interpellation Ch. Baumann (SP) betreffend Ausrichtung der Schulsozialarbeit
14. 11/069 Beantwortung der Interpellation M. Wenger (FDP), St. Schär (SVP), R. Harlacher (CVP) und M. Zeugin (GLP) betreffend Preisvergleiche der Materialverwaltung
15. 11/073 Beantwortung der Interpellation S. Näf (SP) betreffend Stimm- und Wahlberechtigter fördern
16. 10/015 Antrag und Bericht zum Postulat S. Stierli (SP) betreffend Schaffung der Rechtsgrundlage für Betretungsverbote für Straftäter
17. 11/046 Beantwortung der Interpellation S. Näf (SP) betreffend Ladenöffnungszeiten im Detailhandel in Winterthur
18. 11/070 Beantwortung der Interpellation M. Zeugin (GLP) und A. Steiner (GLP) betreffend Reduktion der Velodiebstähle dank GPS Lockvogel Velos
19. 11/075 Beantwortung der Interpellation M. Gerber (FDP) betreffend Autobahnausfahrten Winterthur

(* An dieser Sitzung behandelten Geschäfte)

Bürgerrechtsgeschäfte

1. B11/001 BAJRAMI geb. IBRAIMI Sabrije, geb. 1969, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
2. B11/012 ANTIC Sladan, geb. 1982, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger
3. B11/088 NIKOLIC Dusanka, geb. 1962, serbische Staatsangehörige
4. B11/098 DZEMAILI Bajram, geb. 1978, und Ehefrau DZEMAILI geb. REDZEPAJ Lirije, geb. 1974, mit Kindern Brikend, geb. 1999, und Uvejs, geb. 2003, serbische Staatsangehörige
5. B11/102 SALLOUHI Raoudha, geb. 1968, mit Kindern MEHRI Nour, geb. 1999, MEHRI Saoussen, geb. 2000, MEHRI Aïscha, geb. 2003, und MEHRI Soundes, geb. 2007, tunesische Staatsangehörige
6. B11/187 KARASU Muharrem, geb. 1980, türkischer Staatsangehöriger

7. B11/197 FETISHI Sufjan, geb. 1984, mazedonischer Staatsangehöriger
8. B12/047 NEZAJ Elis, geb. 1982, albanischer Staatsangehöriger
9. B12/074 SHEIKH NUR Marian, geb. 1968, mit Kind CABDIKARIIN Weris, geb. 2005, somalische Staatsangehörige
10. B12/076 STANKOVIC Dragan, geb. 1957, serbischer Staatsangehöriger, und Ehefrau STANKOVIC geb. CUCCURULLO Carmela, geb. 1954, italienische Staatsangehörige
11. B12/077 AYALP Erdal, geb. 1982, türkischer Staatsangehöriger
12. B12/078 DA SILVA BAPTISTA António Júlio, geb. 1968, und Ehefrau PEREIRA MARTINHO BAPTISTA geb. PEREIRA MARTINHO Felisbela do Carmo, geb. 1973, mit Kind MARTINHO BAPTISTA Sabrina, geb. 2000, portugiesische Staatsangehörige
13. B12/079 D'AMBROSIO Silvio, geb. 1965, italienischer Staatsangehöriger
14. B12/080 DARABZADEH geb. SOHRABATI Qudsieh, geb. 1949, iranische Staatsangehörige
15. B12/081 ELSHANI Arben, geb. 1981, kosovarischer Staatsangehöriger
16. B12/082 KARADENIZ Kadriye, geb. 1957, türkische Staatsangehörige
17. B12/083 KELMENDI geb. UZAR Ljilja, geb. 1965, mit Kind Diana, geb. 1996, kroatische Staatsangehörige
18. B12/085 MAMOW ALI Yussuf, geb. 1940, somalischer Staatsangehöriger
19. B12/086 MITROVIC Boban, geb. 1979, serbischer Staatsangehöriger
20. B12/087 MOHIALDEEN Asoo Jalal Mohialdeen, geb. 1964, und Ehefrau IBRAHIM Vian Mohammednoori Ibrahim, geb. 1965, mit Kind JALAL Baban Asoo Jalal, geb. 2001, irakische Staatsangehörige
21. B12/089 FONSECA DA SILVA Amândio, geb. 1960, und Ehefrau BALTAZAR MANSOS DA SILVA geb. BALTAZAR MANSOS Edite Maria, geb. 1961, portugiesische Staatsangehörige
22. B12/091 MEGLEN geb. TURK Amalija, geb. 1946, und Ehemann MEGLEN Jozef, geb. 1948, slowenische Staatsangehörige
23. B12/093 MUCCIO Daniele Vincenzo, geb. 1977, italienischer Staatsangehöriger, und Ehefrau MUCCIO geb. GOMEZ PLAZA Maria Laura, geb. 1982, venezolanische Staatsangehörige
24. B12/094 QELIA Agim, geb. 1971, mit Kindern Kledis, geb. 2003, und Damian, geb. 2005, albanische Staatsangehörige
25. B12/095 REXHEPI Xhavit, geb. 1982, mit Kindern Ajana, geb. 2007, und Mejsane, geb. 2011, kosovarische Staatsangehörige

Ratspräsident J. Lisibach begrüsst zur 11. und 12. Sitzung im Amtsjahr 2012/2013.

Mitteilungen

Ratspräsident J. Lisibach: Wie bereits mitgeteilt, wird heute im Sitzungssaal fotografiert. Julia hat am 27. August 2012 das Licht der Welt erblickt. St. Schär konnte an der zweiten Ratssitzung am 27. August nicht mehr teilnehmen, weil seine Tochter zu Hause zur Welt gekommen ist. Der Ratspräsident gratuliert den Eltern ganz herzlich zur Geburt. Am 29. Oktober 2012 ist Lily Ann zur Welt gekommen – ganz herkömmlich im Kantonsspital. Ratspräsident J. Lisibach gratuliert den Eltern Katrin und Claudio Cometta herzlich und wünscht ihnen alles Gute.
Mobilitätsmanagement: Das Geschäft 2012/065 wurde am 24. Oktober 2012 vom Stadtrat zurückgezogen.

Die Planungsgeschäfte werden wieder der Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) zugeteilt, so wie das vor der Versuchsphase der Fall war. Ratspräsident J. Lisibach dankt der Aufsichtskommission und der BBK für diese Einigung.

Ratspräsident J. Lisibach begrüsst Zeno Dähler (EDU) im Rat. Er tritt die Nachfolge von H. Iseli (EDU) an. Der Ratspräsident heisst Z. Dähler herzlich willkommen und wünscht ihm einen guten Start und viel Befriedigung im neuen Amt.

Fraktionserklärungen

Werbeveranstaltung für die Wintimesse

R. Keller (SVP): Die Wintimesse gehört zur Standortförderung und bietet dem Winterthurer Gewerbe eine einzigartige Möglichkeit, auf sich aufmerksam zu machen. Auch sieht die SVP keine Konkurrenz zu anderen fast gleichzeitig oder leicht verschoben stattfindenden Veranstaltungen, wie zum Beispiel dem Weihnachtsmarkt. Die SVP fordert den Stadtrat auf, das entsprechende Entgegenkommen gegenüber den Veranstaltern der Wintimesse in Bezug auf eine Werbeaktion zu zeigen.

Stadträtin B. Günthard-Maier hat die Erklärung akustisch schlecht verstanden. Der Stadtrat hat das Thema an der letzten Sitzung bereits diskutiert. Er ist daran eine Lösung zu finden und ist zuversichtlich, dass das gelingen wird. Vielmehr kann Stadträtin B. Günthard Maier nicht sagen.

Schule

M. Baumberger (CVP): Letzte Woche war im Tagesanzeiger zu lesen, dass ein Schüler aus Winterthur, der sich angeblich zum Islam bekennt, ein anderes Kind, das einer christlichen Konfession angehört, so lange drangsaliert, ihn in seinen religiösen Gefühlen verletzt und gar ihm den Tod gewünscht hat, bis das Opfer und nicht der Aggressor, die Schule verlassen musste, weil es ihm schlecht ging. Für die CVP, welche die christlich/jüdische Tradition hoch hält und sich für den religiösen Frieden einsetzt, ist diese Situation absolut inakzeptabel. Es kann nicht sein, dass Kinder, die sich zur christlichen Tradition bekennen, in einem Land, das in der christlichen Tradition gewachsen ist und sich dazu bekennt auf diese Art und Weise von einem angeblichen Anhänger des Islam terrorisiert wird. Darüber hinaus erkennt die CVP darin auch eine schwere Verletzung der Gastfreundschaft, eines vermutlich neuen Mitbewohners gegenüber der angestammten Bevölkerung. Die CVP und ohne Zweifel alle Menschen, die sich einer grossen religiösen Tradition zurechnen, sind schockiert. M. Baumberger will vom zuständigen Stadtrat wissen, was geplant ist, damit Kinder in Zukunft vor aggressivem und tief beleidigendem Verhalten geschützt werden können. Was gedenkt der Stadtrat gegen solche Störer des religiösen Friedens und deren Erziehungsbeauftragte unternehmen?

Stadtrat St. Fritschi hat am Freitag den Tagesanzeiger gelesen und ist ebenfalls über diesen Artikel erschrocken. Er hat zum ersten Mal etwas über den Vorfall gehört. Darauf hat Stadtrat St. Fritschi nachgefragt, was Sache ist. Wenn sich die Geschichte so zugetragen hätte, wie sie im Tagesanzeiger geschildert wurde, täte das dem Stadtrat sehr leid. Der Sachverhalt wurde aber von der betreffenden Schule anders geschildert. Stadtrat St. Fritschi hat das betreffende Schulhaus vor einigen Monaten besucht und den Schüler kurz kennengelernt. Vor ca. eineinhalb Jahren hat Stadtrat St. Fritschi mit dem Vater dieses Schülers ein Gespräch geführt zu einem anderen Thema. Bereits damals wurde angesprochen, dass aus Sicht des Vaters zu viele Moslems und Kinder aus anderen fremden Kulturen diese Schule besuchen. Damals hat Stadtrat St. Fritschi dem Vater erklärt, dass das nicht geändert werden kann. An der Volksschule besuchen in jedem Schulhaus Kinder aus verschiedenen Kulturen und Religionen die Schule.

Gemäss der Schilderung des Tatbestandes durch die Schulpflege, waren die Vorkommnisse viel weniger schlimm. Die Schilderung im Tagesanzeiger ist überspitzt. Stadtrat St. Fritschi musste feststellen, dass innerhalb weniger Stunden 350 Kommentare eingegangen sind. Der Artikel hat die Volksseele getroffen und hat viele Leute in ihren Gefühlen verletzt. Stadtrat St. Fritschi wird dem Fall noch weiter nachgehen. Eine genaue Abklärung der Vorgänge gehört aber zum Aufgabenbereich der betreffenden Kreisschulpflege. So wie Stadtrat St. Fritschi die Sachlage geschildert wurde, war die Versetzung des Schülers an eine andere Schule kein Notfall. Der Tagesanzeiger hat die Geschichte sehr überspitzt, auch die Wortwahl hat dazu geführt, dass die Volksseele verletzt wurde und die Resonanz unglaublich gross war. Davon, dass der Schüler drangsaliert wurde, kann nicht die Rede sein. Auf Wunsch der betreffenden Mutter hat die Schulpflege trotzdem eingewilligt, den Schüler an eine andere Schule zu versetzen. Die Mutter wollte zusätzlich bestimmen, in welches Schulhaus ihr Sohn versetzt werden soll. Diesem Wunsch konnte die Schulpflege nicht nachkommen, weil es keine freie Schulwahl gibt. Entsprechende Gesuche werden von der Schulpflege beurteilt. Die Mutter wollte vor der Versetzung das Schulhaus anschauen und prüfen, ob es ihren Wünschen entspricht. Das hat die Schulpflege abgelehnt. Im Artikel des Tagesanzeigers wurde die Sachlage sehr verzerrt geschildert.

Gartenwirtschaft Kraffteld

D. Berger (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion hat mit Stirnrunzeln eine Geschichte aus dem Winterthurer Nachleben vernommen. Zu später Stunde hat die Polizei den Musikclub Kraffteld auf dem Lagerplatz mit einem Besuch beehrt. Der Grund: Das Kraffteld darf angeblich nach 24 Uhr keine Gartenbeiz mehr betreiben. Tische und Stühle mussten unverzüglich weggeräumt werden. Zwar wurde dem Club bereits früher nachts kurz mitgeteilt, dass ab 24 Uhr draussen Schluss ist. Das Kraffteld ging aber davon aus, dass noch genauer informiert wird, wieso und ab wann die Änderung gelten soll und auf welcher Grundlage dieser Entscheid gefallen ist. Das Kraffteld betreibt seit 15 Jahren eine Gartenwirtschaft. Die Betreiber konnten nicht erkennen, warum die Regeln plötzlich geändert werden sollen. Scheinbar hat sich etwas geändert und um der neuen Regelung Nachdruck zu verleihen, hat die Polizei mit einem Aufgebot von 4 uniformierten Polizisten diese Nachricht überbracht. Die Fraktion fragt sich, warum es der Wirtschaftspolizei nicht möglich war in einem anderen Rahmen mit den Betreibern Kontakt aufzunehmen. Damit ist aber nicht gemeint, dass der Wirt morgens um 1 Uhr angerufen wird, sondern dass man am Tag Kontakt aufnimmt und erklärt, warum das Gartenrestaurant neuerdings um Mitternacht schliessen muss. Damit könnte die Stadt auch Geld sparen, weil kein teures Polizeiaufgebot nachts, wenn die Polizei bereits stark belastet ist, das Restaurant aufsuchen muss. Warum wendet man für einen Club, der nie Probleme macht, die Ressourcen auf um zur Primetime mit 4 Polizisten vorbeizukommen. Gleichzeitig wird geklagt, dass die Polizei überlastet sei.

Das Kraffteld verursacht praktisch keine Lärmklagen. Es ist daher nicht klar, wo das Problem liegt. D. Berger hat gehört, dass in Winterthur nach 24 Uhr keine Getränke mehr auf die Strassen mitgenommen werden dürfen. Darauf achtet die Wirtschaftspolizei bei allen Clubs. Es ist aber nicht klar auf welcher Grundlage dieses Verbot erlassen wurde. Die Frage ist, ob

es sich um eine freiwillige Einschränkung handelt oder ob es ein Muss ist. Die Ausgangszone gerät immer mehr unter Druck. Das hat viele Gründe, das Rauchverbot mag der Hauptgrund sein. Alle rauchen jetzt im Freien. Damit verlagert sich auch der Lärm nach draussen. Das führt zu neuen Problemen. Die Toleranz hat abgenommen und es gibt immer mehr Auflagen. Viele Clubs wirtschaften knapp an der Existenz. Es wird je länger je schwieriger, vor allem wenn auch noch entsprechende Vorkommisse hinzukommen. Das wirkt demotivierend. Das Vorgehen passt in den gesamtgesellschaftlichen Kontext. Die Toleranz und die Freiräume schwinden nach und nach. Die Politiker preisen zwar die Kultur als Standortvorteil an aber eine Veranstaltung darf keinen Lärm machen oder die Leute ärgern. Dieses Verhalten ist etwas verlogen und wie immer trifft es die Jugend. Wenn immer mehr verboten wird und die Leute eingeeengt werden, dann knallt es irgendwann. Das will niemand. Alle können aus der Geschichte lernen. Die Grüne/AL-Fraktion bittet den Stadtrat, dafür zu sorgen, dass sich die Kultur in Winterthur weiterhin entfalten kann. Die Kommunikation zwischen den Clubs und den zuständigen Stellen, also der Polizei, soll wieder in einer kooperativen Atmosphäre geführt werden können. D. Berger ist ganz klar Lobby, beziehungsweise er gehört zu einer Seite. Diese Sicht bringt er heute im Rat ein und bittet um Verbesserungen.

Stadträtin B. Günthard Maier dankt für den Hinweis. Persönliches Engagement wird von der Stadträtin sehr unterstützt, auch das der Wirte. Dass man abends in der Altstadt oder auf dem Lagerplatz in einer Gartenwirtschaft sitzen kann, wird auch von der Stadträtin begrüsst. Es ist ihr zudem ein Anliegen, dass Probleme gemeinsam über Gespräche gelöst werden können. Den von D. Berger angesprochenen Fall kennt die Stadträtin noch nicht. Sie hat eine Viertelstunde vor der Sitzung gehört, dass das Gartenrestaurant des Kraftwerks zum Thema wird. Die entsprechenden Abklärungen hat sie bereits in Auftrag gegeben, kann aber noch keine Ausführungen machen. Sie nimmt die Aussage aber gerne entgegen und wird sich um eine Lösung bemühen. Sie wird erneut das Gespräch mit D. Berger suchen.

Börsengang Glencore

F. Landolt (SP): Die Redaktion des Landboten hat die 20 Millionen thematisiert, welche die Stadt Winterthur aufgrund des Börsengangs von Glencore zusätzlich aus dem Finanzausgleich erhält. Die SP möchte das Thema aufnehmen und weiterführen. Es geht nicht so sehr darum, ob das Geld an ein Hilfswerk weiterzuleiten ist. Das ist eine juristisch heikle Frage und hätte weitreichende Folgen. Es ist aber wichtig, dass die globalen Zusammenhänge, die internationalen und nationalen Verflechtungen und die Folgen für ganze Nationen, Völker und die Natur thematisiert werden. Für die SP stehen dabei die Werte der Solidarität und der Gerechtigkeit im Zentrum. Es spricht vieles dafür, dass die Firma Glencore in einer Art und Weise ihre Riesengewinne macht, welche weder sozial noch ökologisch nachhaltig ist. F. Landolt verweist die Geschichte von Mopani, der Betreibergesellschaft einer Kupfermine in Sambia. Die Informationen stammen aus dem Buch der Erklärung von Bern „Rohstoff, das gefährliche Material“ das im letzten Jahr erschienen ist. Die Firma Mopani ist eine indirekte Tochtergesellschaft der Glencore International AG. Es ist eine indirekte Tochtergesellschaft, weil zwei Gesellschaften dazwischen geschaltet sind, mit jeweiliger Mehrheitsbeteiligung von Glencore. Diese Tochtergesellschaften sind in Steuerparadiesen, nämlich in Bermudas und New Jersey, angesiedelt.

Die Mine in Sambia wurde in den 90er Jahren privatisiert. Seither gibt es zwischen den Mininggesellschaften und der Regierung Sambias Lizenzverträge, welche die Mininggesellschaften nur sehr marginal zu sozialer und ökologischer Verantwortung verpflichtet. Dadurch entgeht der Sambischen Bevölkerung und dem Staat das Geld, das sie für einen nationalen Aufbau brauchen würden und auf das sie aufgrund der Ressourcenvorräte ein Anrecht haben. In Norwegen fliessen 70 % des Gewinns aus dem Erdölverkauf dem Staat zu. In Sambia sind es 5 %. Das ist zwar nicht der einzige Grund für die extreme Armut in Sambia und in vielen rohstoffreichen Ländern Afrikas. Die Geschichte dieser Länder ist lang und kompliziert. Diese Armut ist auch ein Grund für die Migration nach Europa. Mopani verwendet die sogenannte Laugungstechnik, die hochgradig Umweltschädlich aber rentabel ist, zur Förderung des Kupfers. Mit internen Verrechnungen zwischen den Tochtergesellschaften gelingt

es schliesslich die Buchhaltung so zu gestalten, dass keine Gewinne in Sambia ausgewiesen werden, weshalb keine Steuern geschuldet sind. Nutzniesserin davon ist letztlich das Mutterhaus in der Schweiz und insbesondere der Mehrheitsaktionär, welchem beim Börsengang unbeschreibliche Gewinne zugeflossen sind. Die Stadt Winterthur hat mit den zusätzlichen 20 Millionen davon profitiert. Die beschriebenen Verhältnisse sind empörend. Empörend ist aber auch der schweizerische Steuerwettbewerb, welcher aktiv genau solche Unternehmen anzieht. Es ist grotesk. Die Schweiz ist arm an Rohstoffen und reich an Rohstoffhändlern. Die tiefen Steuern und die freiheitliche Gesetzgebung führen dazu, dass niemand genau hinschaut. Die SP Schweiz fordert in diesem Zusammenhang, dass Rohstofffirmen gezwungen werden nach sozialen und ökologischen Standards zu wirtschaften. Stadträtin Y. Beutler hat bereits darauf hingewiesen, dass dies in der Verantwortung des Bundesparlaments liegt. Auf lokaler Ebene kann der Sachverhalt angeprangert werden, handeln müsste der Bund. Trotzdem verweist F. Landolt auf die Initiative der Juso, welche die Spekulation mit Lebensmitteln verbieten will. Auf lokaler Ebene fordert die SP den Stadtrat auf, zu prüfen, ob und in welcher Art und Weise die Herkunft des Geldes in einer speziellen Ausgabe berücksichtigt werden könnte.

Stadträtin Y. Beutler: Für den Stadtrat wird das Thema nicht erst seit dem Artikel im Landboten diskutiert. Er macht sich seit längerem Gedanken. Dass es ein komplexes Thema ist, zeigt nicht zuletzt der Artikel, den der Landbote am Wochenende geschrieben hat mit zwei unterschiedlichen Stellungnahmen. Es ist tatsächlich so. Auf der einen Seite ist der Stadtrat froh, dass der Ressourcenausgleich so hoch ausgefallen ist, weil die Stadt mit Steuerausfällen rechnen muss, die auch aufgrund von Gesetzesänderungen Winterthur treffen werden. Auf der anderen Seite kann der Stadtrat nicht darüber hinwegsehen, woher das Geld kommt. Objektiv muss man festhalten, dass diese Zahlung aus dem Finanzausgleich erfolgt. Sie basiert auf einem demokratisch legitimierten Gesetz, dem Finanzausgleichs- und dem Steuergesetz. Aus dieser Perspektive ist alles in Ordnung. Man kann noch weiter gehen und erklären, dass dieses Geld nicht direkt aus einem Geschäftsvertrag, sondern durch einen Börsengang resultiert. Man kann sich überlegen, in welchem System wir leben. Ein Mensch allein wird durch einen Börsengang so reich, dass er genauso viel Steuern bezahlt wie alle Winterthurerinnen und Winterthurer zusammen, die ein Jahr lang für dieses Geld gearbeitet haben. Es ist ein Paradebeispiel und man kann sich Gedanken über das funktionieren unserer Welt machen. Das Problem ist, dass man sich zwar in Winterthur Fragen dazu stellen kann, die Antworten dazu kann aber nur Bern geben. Auf eidgenössischer Ebene muss man sich überlegen, ob die Schweiz weiterhin ein Steuerparadies und eine Oase in Sachen Regulierung und Transparenz respektive Deregulierung und Intransparenz bleiben soll. Soll man weiterhin zuschauen, wie in der Schweiz die Rohstoffhändler reich werden, während in den Ursprungsländern Armut herrscht. Das sind Fragen, die sich stellen. Stadträtin Y. Beutler ist froh, dass das Thema diskutiert wird. Winterthur kann die Fragen nicht beantworten. Die Bevölkerung kann aber trotzdem etwas unternehmen. Der zusätzliche Betrag, den Winterthur über den Ressourcenausgleich erhält, beläuft sich pro Person auf 200 bis 300 Franken. Das entspricht ca. 8 Steuerprozenten. Jedem ist freigestellt, auszurechnen wie hoch die Steuern ohne diesen Beitrag wären und die entsprechende Summe zu spenden. Diesen Weg wird auch Stadträtin Y. Beutler wählen, im Wissen darum, dass es sich lediglich um ein Pflästerchen handelt, aber es ist immerhin ein kleiner Beitrag.

Ratspräsident J. Lisibach: Es wird vorgeschlagen Traktandum 12 abzusetzen und später zusammen mit den beiden Postulaten, Geschäft 2012/041 und 2012/042 mit ähnlichem Inhalt zu behandeln. Ausserdem schlägt der Ratspräsident vor, die Traktanden 7 und 8 zusammen zu behandeln. Der Rat macht keine Einwendungen, damit ist die Traktandenliste genehmigt.

1. Traktandum

Protokolle der 5./6. und 7./8. Sitzungen

Ratspräsident J. Lisibach: Die Protokolle sind in der Stadtkanzlei zur Einsicht aufgelegt und im Internet veröffentlicht worden. Einsprachen sind keine eingegangen. Der Ratspräsident stellt den Antrag die Protokolle abzunehmen. Es gibt keine Einwendungen. Damit sind die Protokolle abgenommen.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2012/003: Antrag und Bericht zum Dringlichen Postulat R. Diener (Grüne/AL), Ch. Baumann (SP), A. Steiner (GLP/PP) und L. Banholzer (EVP/EDU) betreffend Veloquerung beim Bahnhof Grüze, Anbindung an Veloschnellroute

R. Diener (Grüne/AL) kann die Argumentation von F. Landolt teilen. Das Votum zum vorliegenden Geschäft wird R. Diener mit Bildern begleiten. Das soll eine leise Kritik sein, weil die in der Antwort erwähnte Machbarkeitsstudie der Firma metron der Weisung nicht beigelegt worden ist. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Mehrheit im Rat die Studie nicht genau kennt. Das Parlament hat dem Stadtrat den Auftrag erteilt, eine attraktive Veloquerung beim Bahnhof Grüze abzuklären. Die Pläne einer Gleisquerung für den öffentlichen Verkehr sind bereits bekannt. Die Verbindung der bipolaren Zentren durch einen Hochleistungskorridor soll damit umgesetzt werden. Die Grüne/AL-Fraktion ist der Ansicht, dass diese Lösung für Velofahrerinnen und Velofahrer nicht geeignet ist. Es ist jedoch wichtig, dass für Velofahrende eine Anbindung von Neuhegi an die Altstadt umgesetzt wird. Die Veloschnellroute gemäss Gesamtverkehrskonzept soll vorangetrieben werden. Deshalb soll ein Planungsgleichstand in Bezug auf die Querungen für die umweltfreundlicheren Verkehrsmittel erreicht werden. Damit kann auch Geld aus dem Agglomerationsprogramm abgeholt werden. Die Antwort des Stadtrates ist gut. Die Stadt anerkennt den Bedarf nach einer Veloquerung und nach weiteren Veloparkierungsanlagen am Bahnhof Grüze, wenn man davon ausgeht, dass dieser Bahnhof eine grosse Bedeutung für die Region erhalten soll.

Der Stadtrat hat eine Studie in Auftrag gegeben, um den Bedarf für Velostrukturen bis ungefähr 2030 abzuschätzen. Die Studie enthält verschiedene Varianten für die Umsetzung der Veloquerung und für deren Priorisierung. Darin wird das zu erwartende Verkehrsaufkommen am Bahnhof Grüze in Bezug auf den Veloverkehr aufgezeigt. Der Veloverkehr wird in diesem Bereich massiv zunehmen. Für die Querung sind verschiedene Varianten geprüft worden. Eine Variante wird zu Problemen mit den SBB führen und eine andere zu Problemen bei den Anschlüssen. Es gibt eine Variante, die bevorzugt wird, nämlich die Variante 5. Gemäss diesem Konzept soll die Querung am östlichen Ende des Bahnhofs, dort wo die Gleise der beiden Linien Tösstal und St. Gallen zusammenkommen, realisiert werden. R. Diener beurteilt diese Variante ebenfalls positiv. Ein Problem ist aber die Anbindung der Veloschnellroute Richtung Stadt. R. Diener zeigt eine Übersicht der Situation. Heute führt die Veloroute im nördlichen Bereich der Gleisanlagen Richtung Stadt. In diesem Bereich ist eine Unterführung geplant. Das ist eine gute und effiziente Lösung, um aus dem Bereich Neuhegi in die Stadt zu gelangen. Diese Lösung ist aber nicht ideal, weil ein grosser Umweg gefahren werden muss, um in die Altstadt zu gelangen. Die Variante 5 stellt eine gute Lösung dar. Die Anbindung an die geplante Veloverbindung führt vom Bahnhof Hegi zum Bahnhof Grüze und fast direkt in die Stadt. Der kritische Punkt ist der bereits existierende Veloweg, der zwischen den Bahnanlagen und dem Gebäude der Firma Geilinger sehr schmal ist. Dort braucht es mehr Platz, um eine gute Schnellverbindung zu realisieren. Gemäss den heutigen Abklärungen fehlt dazu aber der Platz. Weder die Firma Geilinger noch die SBB wollen einen Teil ihres Areals abgeben. Die Stadt muss dringend darauf achten, dass in diesem Bereich möglichst

rasch eine Lösung gefunden werden kann, damit die Schnellroute, die gemäss städtischem Gesamtverkehrskonzept geplant ist, realisiert werden kann. Ein Problem ist, dass sich bestehende Velowege nicht vernünftig anbinden lassen.

Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Abklärungen und die Studie. Es ist sehr gut, dass Lösungen für den Langsamverkehr abgeklärt wurden. Zu begrüssen ist auch, dass die Sicherung der Räume, einerseits für die Querung und andererseits für Parkieranlagen im Raum Grüze in die Planungszone aufgenommen wird. Das ist sehr wichtig. Ebenso sind die Vorschläge für mögliche Querungen positiv zu bewerten, die eine gute Anbindung an eine Schnellroute ermöglichen. Die Grüne/AL-Fraktion nimmt die Antwort positiv zur Kenntnis.

Ch. Baumann (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die detaillierte Beantwortung des dringlichen Postulats. Das Anliegen wurde von der Stadt aufgenommen und mit der Studie umfassend abgeklärt, sodass jetzt alle Fakten auf dem Tisch liegen. Mit Verbänden und Parteien kann jetzt über die möglichen Lösungen diskutiert werden. Es handelt sich um ein zielorientiertes Papier, damit können die richtigen Linienführungen geplant werden. Das schnelle Vorgehen der Stadt ist besonders wichtig, weil einerseits in Neuhegi die Arealentwicklung rasch vorangetrieben und andererseits der Bahnhof Grüze als wichtigster Umsteigepunkt für die Erschliessung des Areals für den Langsamverkehr und den öffentlichen Verkehr betrachtet wird. Es braucht für die Vel oanbindung des Bahnhofs Grüze eine sorgfältige, umfassende und auf die zukünftige grosse Nutzung dieses Bahnhofs ausgerichtete Lösung. Auch die SP favorisiert die Variante 5, weil damit eine direkte Anbindung an das neue Areal realisiert werden kann. In der Studie der Firma metron ist nachzulesen, dass diese Anbindung in die Stadt schwierig zu lösen ist. Es muss abgeklärt werden, wie man zu einer direkten Linienführung gelangen kann. Wichtig ist, dass dieses Anliegen aufgenommen wird. Die SP ist bereit eine entsprechende Lösung mitzutragen, auch wenn sie mit Kosten verbunden ist. Die Wohnqualität in Neuhegi hochzuhalten, ist ein wichtiger Baustein. Der Langsamverkehr muss gefördert werden, damit nicht zu viel zusätzlicher motorisierter Individualverkehr (MIV) entsteht. Gegen die Erschliessungsstrasse, die in Neuhegi gebaut werden soll, ist bereits grosser Widerstand in den Quartieren entstanden. Nur ein attraktiver Langsamverkehr, sprich auch Veloverkehr, kann das verhindern. Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Umsetzung des Postulats und nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion nimmt die Postulatsantwort positiv zur Kenntnis. Zwei oder drei Punkte sollen jedoch hervorgehoben werden. Es wurde bereits gesagt, die Raumsicherung für die Schnellroute ist jetzt ein ganz wichtiger Punkt. Die Gleisquerung beim Bahnhof Grüze muss im gesamten Kontext gesehen werden. Solange die Räume für die Veloschnellroute nicht gesichert sind, dürfen keine definitiven Entscheide gefällt werden. Die Variante 5 ist nach Meinung der GLP/PP-Fraktion die richtige, wenn die entsprechenden Räume gesichert werden können. Falls das nicht möglich ist, muss man diese Variante erneut hinterfragen. Im Zusammenhang mit der Raumsicherung, wird im Konzept der metron darauf hingewiesen, dass man auch das Mattenbachquartier einbeziehen muss. Darauf will A. Steiner speziell hinweisen. Dort sind stark verkehrserzeugende Nutzungen angesiedelt – sprich, das Sportzentrum Deutweg und viele Einkaufsmöglichkeiten. Deshalb lohnt es sich diese Situation in die gesamte Planung mit einzubeziehen. Wichtig ist, dass alles gleichzeitig vorangetrieben wird, insbesondere weil auch die Finanzierung geklärt werden muss. Wie viel Geld erhält die Stadt aus dem Agglomerationsprogramm und wie viel sind die SBB bereit, im Abtausch mit anderen Leistungen, beizusteuern. Speziell zu erwähnen ist das Abstellgleis der SBB. Bei der Querung Nord ist es wichtig, dass jederzeit die Querung für den Fussgängerverkehr gewährleistet ist. Die Barriere und die Brücke dürfen nicht gleichzeitig geschlossen werden, bevor eine andere Verbindung realisiert werden konnte. Die Planung muss berücksichtigen, dass der Fussverkehr jederzeit die Gleise queren kann. Aber auch dem Veloverkehr müssen zumindest Parkierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Die Abfolge der Umsetzung einzelner Projekte ist sehr wichtig. Eine Variante für den Veloverkehr, die geprüft wurde, ist ein Veloweg entlang der Eulach. Man ist zum Schluss gekommen, dass dafür nicht ausreichend Platz zur Verfügung steht. A. Steiner möchte dem Stadtrat nahe legen, diese

Variante für den Fussverkehr genau zu prüfen. Es wäre eine attraktive Verbindung aus dem Gebiet Oberwinterthur in die Stadt. Man könnte der Eulach entlang relativ einfach auf einem Holzsteg in die Stadt gelangen. Diese Verbindung wäre sehr spannend. Man darf den Fussverkehr nicht vergessen, wenn man vom Langsamverkehr spricht.

L. Banholzer (EVP): Die EVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht zu diesem dringlichen Postulat. Der Stadtrat hat das Postulat ernst genommen und die Situation des Veloverkehrs rund um den Bahnhof Grüze analysieren lassen. Die verschiedenen Vorschläge, wie die Querung und die Anbindung an die Veloschnellroute am besten zu konzipieren ist, sind zum Teil plausibel, beinhalten aber teilweise einige Haken. Die EVP versteht deshalb den Schlussbericht nicht als der Weisheit letzter Schluss, sondern geht davon aus, dass die Studie eine Grundlage darstellt für eine gute Erschliessung des Gebiets per Velo. In Zusammenarbeit mit den Verbänden, Parteien und mit der AG Velo sollen die Massnahmen auf ihre Tauglichkeit überprüft und erneut diskutiert werden. Die EVP-Fraktion nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

St. Feer (FDP): Die FDP dankt dem Stadtrat für die Beantwortung des Postulats und steht dieser Antwort kritisch positiv gegenüber. Die FDP begrüsst die vorgeschlagene Querung Süd von der St. Gallerstrasse zur Talackerstrasse, die richtigerweise prioritär behandelt werden soll. Die FDP begrüsst im Weiteren die Querung im Bereich Talacker. Die nötige Raumsicherung für die entsprechenden Projekte soll umgesetzt werden. Es ist bekannt, dass der durchschnittliche Velofahrer in der Regel Umwege meidet und das Anhalten nicht besonders mag. Geradezu im Übermass fragwürdig ist es, wenn abgestiegen und in einen Lift eingestiegen werden soll, um ein Bahngleis zu überqueren. Die Stadt sollte das Nutzungskonzept für die Busbrücke auch bezüglich des Veloverkehrs überarbeiten. Es ist zwingend, dass eine Busbrücke einem breiten Mobilitätsbedürfnis zur Verfügung steht, nämlich dem Gewerbe das auch von den Grünen und von links umworben wird. Zu diesem Thema wird sich die FDP später äussern. Was die Veloschnellroute anbelangt, nimmt die FDP-Fraktion den Bericht dankend entgegen.

Stadträtin P. Pedergnana dankt für die insgesamt sehr gute Aufnahme der Antwort. Sie kann versichern, dass der Stadtrat alles unternimmt, um die Raumsicherung für die Variante 5 zu ermöglichen. Die Stadt ist aber auch auf den guten Willen von Seiten der privaten Liegenschaftsbesitzer angewiesen.

Ratspräsident J. Lisibach: Es liegt kein anderslautender Antrag vor, damit hat der Gemeinderat das Geschäft 2012/003 zustimmend zur Kenntnis genommen.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2012/088: Kredit von Fr. 1,660 Mio. für die Aktualisierung der ICT - Infrastruktur in den Sekundarschulen und jährlich wiederkehrender Kredit von Fr. 142'180.-- für deren Nutzung

Ratspräsident J. Lisibach: Wenn keine Anträge gestellt werden, kann auf eine Beratung verzichtet werden. M. Wäckerlin (PP) hat sich bereits gemeldet. Er möchte eine persönliche Erklärung abgeben. Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kann nach dem Referenten über das Geschäft abgestimmt werden.

Ch. Ulrich (SP): Konkret handelt es sich um einen zweiteiligen Antrag. Einerseits beantragt der Stadtrat einen Kredit von 1,66 Millionen für die ICT-Infrastruktur an den Sekundarschulen zuhanden der Investitionsrechnung. Andererseits wird ein jährlich wiederkehrenden Kredit von 142'180 Franken für deren Nutzung zuhanden der laufenden Rechnung beantragt. Ziel dieses Antrags ist eine ausreichende ICT-Infrastruktur an den Sekundarschulen. Ausgangslage: Die ICT-Infrastruktur besteht aus verschiedenen Komponenten. Der Gemeinderat hat

im Jahr 2008 die Netzwerkerschliessung der Sekundarschulhäuser, die Vernetzung der Gebäude, die Bereitstellung von Beamern in den Unterrichtszimmern und die Installation des methodisch-didaktischen Supports der Lehrpersonen bewilligt. Die vorliegende Weisung beinhaltet die Bereitstellung der Hard- und Software an den Schulhäusern, den Serverdienst und den technischen Support. Warum ist ICT für die Sekundarschule so wichtig? ICT hat sich in den letzten Jahren extrem entwickelt. Der Bedarf an Informationstechnologie hat sich auch auf Sekundarstufe sehr stark verändert und ist ein wichtiger Bestandteil der Ausbildung der Schülerinnen und Schüler. Sie sollen im Umgang mit diesen Kommunikations- und Informationsmitteln Kompetenzen erwerben und sie für Recherchen und zur Kommunikation benutzen. Das Ganze soll möglichst in den Unterricht eingebettet werden. Aus der Weisung geht hervor, dass der Bedarf vorhanden ist: „Die Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Winterthur lernen, innerhalb ihrer Möglichkeiten, ICT anzuwenden und in eigen- und sozialverantwortlicher Weise sinnvoll zu nutzen.“ Die Schülerinnen und Schüler sollen die Möglichkeit haben, sich mit diesen Technologien vertraut zu machen und sie sinnvoll zu nutzen, nicht zuletzt im Hinblick auf den Eintritt ins Berufsleben.“

Das Herzstück dieser Vorlage ist die Erhöhung der Anzahl Geräte in den Schulhäusern. Heute stehen 700 Computer zur Verfügung, davon sind 300 älter als 6 Jahre, das heisst sie sind in die Jahre gekommen. Neu sollen 1'250 Desktops in den Schulhäusern zur Verfügung stehen, davon sollen 800 neu beschafft werden. Die restlichen 450 Computer werden weiter genutzt, zusätzlich sind 84 Laptops vorgesehen, davon sind 42 neu. Ein Teil davon wird in einem zentralen Laptop-Pool beim Departement Schule und Sport zur Verfügung stehen. Die Computer werden von 284 Lehrpersonen und 2'200 Schülerinnen und Schülern genutzt. Die Kosten sind in der Weisung aufgeschlüsselt. Der grösste Betrag in der Höhe von rund 1,1 Millionen wird für die Client-Infrastruktur benötigt, das heisst für die Desktops und Laptops. Für die übrige Infrastruktur, insbesondere für Server und Netzwerkinfrastruktur, fallen weitere Kosten an. Man hat sich, nicht zuletzt aufgrund der grossen Datenmenge, für eine dezentrale Serverstruktur in den einzelnen Schulhäusern entschieden. Die Kosten belaufen sich total auf 1,66 Millionen. Laufende Kosten: Der externe IT-Support kostet jährlich 340'000 Franken. Es wurde geprüft, ob der Support von den Informatikdiensten Winterthur (IDW) übernommen werden kann. Grundsätzlich wäre das sinnvoll. Für die neuen Apple Computer ist ein externer Support jedoch effizienter. Man wird den Support mit der Ausschreibung der Geräte verknüpfen, damit eine optimale Lösung erreicht werden kann. Gleichzeitig kann durch den Wegfall der Lohnkosten für Fachvorsteher und Informatikkustoden eine Kostenreduktion von 225'000 Franken erreicht werden. Damit beträgt der Nettokredit zuhanden der laufenden Rechnung 142'180 Franken. Kapitalfolgekosten: Die Investition wird in den Jahren 1 bis 5 Nettoinvestitionsfolgekosten von 427'767 Franken verursachen und in den Jahren 6 bis 15 249'318 Franken. Diese Kostenberechnung wurde gemäss den gesetzlichen Vorgaben zur Berechnung der finanzwirtschaftlichen Investitionsfolgekosten erstellt. In einer weiteren Betrachtung werden in der Weisung auch die betriebswirtschaftlichen Investitionsfolgekosten erwähnt.

Der Bedarf ist in der Weisung klar ausgewiesen. Die Kosten wurden detailliert aufgelistet. Die Infrastruktur in den Schulhäusern kann massiv verbessert werden. In der Kommissionsberatung wurden verschiedene Punkte detailliert angeschaut. Ein Thema war das Betriebssystem. Das Departement hat über die Gründe informiert, die zur Wahl von Apple-Computern geführt hat. Der Stadtrat hat bereits am 6. April 2011 aufgrund einer Evaluation, die von einer interdepartementalen Arbeitsgruppe durchgeführt wurde, entschieden, dass auf Sekundarstufe mit dem Betriebssystem Apple gearbeitet werden soll. In diesem Zusammenhang hat er den Auftrag zur Erstellung des Konzepts „ITC-Infrastruktur an den Sekundarschulen“ erteilt. Wichtige Faktoren für diesen Entscheid sind die Kosten und die Userfreundlichkeit. Der Wechsel zu einem anderen Betriebssystem wurde genau geprüft. Dabei wurde auch die pädagogische Seite berücksichtigt. Insgesamt konnte das Departement glaubhaft versichern, dass durch die verschiedenen Betriebssysteme auf Sekundar- und Primarschulstufe keine Probleme zu erwarten sind. Zudem soll geprüft werden, ob das Thema Open Office aufgenommen werden kann, sodass sowohl mit Microsoft-Office wie auch mit Open-Office gearbeitet werden kann. Damit können die User selber wählen auf welchen Programmen sie arbeiten wollen. In Bezug auf die Dichte der Geräte bewegt sich Winterthur, im Vergleich mit

anderen Gemeinden, im vorderen Mittelfeld. Das Departement Schule und Sport hat die Berechnung der Anzahl Geräte vorgelegt. Dabei wurden die verschiedenen Raumtypen, Klassenzimmer, Fachlehrerzimmer etc. geprüft und die ideale Anzahl Geräte ermittelt. Aufgrund dieser Prüfung wird die Verteilung auf die Schulhäuser vorgenommen. Wie diese Geräte innerhalb der Schulhäuser verteilt werden, ist die Sache des Schulhauses. Das Thema Support wurde in der Kommission ebenfalls angeschaut. Der First Level Support wird nach wie vor von den Schulen geleistet. Alles andere wird von einer externen Firma übernommen. Schlussendlich hat die Kommission in einer Lesung die Weisung behandelt. Sämtliche Fragen wurden beantwortet. Die Weisung wurde einstimmig angenommen.

Ratspräsident J. Lisibach: Es liegen keine Anträge vor, damit hat der Gemeinderat dem Geschäft zugestimmt und den einmaligen Kredit von 1,66 Millionen und den wiederkehrenden Kredit von 142'180 Franken bewilligt.

M. Wäckerlin (PP), persönliche Erklärung: Es ist unbestritten notwendig, dass diese Investition getätigt wird, die Informatik an den Oberstufen ist teilweise in einem desolaten Zustand. Es ist direkt verwunderlich, dass die Vorlage im Rahmen der sonst gängigen Praxis nicht gebunden erklärt wurde. Daher will M. Wäckerlin dem Kredit auch nicht grundsätzlich widersprechen. Es handelt sich bei diesem Kredit aber um die Vorlage, auf die sich der Vorstoss «OpenSource an der Oberstufe» bezog. Dreimal hat der Gemeinderat den Stadtrat aufgefordert, OpenSource und die daraus resultierenden Sparmassnahmen zu prüfen, respektive er hat einen Nachbericht verlangt und den Schlussbericht abgelehnt. Der Stadtrat hat sich geweigert, die Anregung anzunehmen, teilweise ist aber doch etwas durchgesickert, entsprechend uninspiriert und überteuert ist nun auch diese Vorlage. Mac OS-X ist sicher gegenüber Windows zu bevorzugen, besser noch wäre aus den damals genannten Gründen Linux gewesen. Die Kinder sollen in der Schule eben auch über den Tellerrand blicken und Konzepte lernen, nicht Produkte.

Es ist tragisch, dass Apple sogar günstiger ist, als Windows. Das liegt aber nur daran, dass Windows von den IDW betrieben werden müsste, während sich die Schule mit Apple selbst organisieren darf. Das wirft ein sehr schlechtes Licht auf die IDW und ihre Kostenstruktur. Noch günstiger als Apple wäre OpenSource mit Linux gewesen, wie diverse kürzlich erschienene Studien nochmals belegen. Doch in diesem Bereich fehlt den IDW das Wissen, wie sie nicht müde werden zu betonen. Man sollte die IDW und ihre Wissens- und Personalpolitik einmal ganz genau unter die Lupe nehmen. Manchmal hat M. Wäckerlin den Eindruck, dort arbeiten die falschen Leute ohne das notwendige Wissen. Neue Ideen wurden nicht einmal angedacht. Der Lernstick wurde genauso wenig berücksichtigt, wie das moderne serverbasierte Arbeiten mit Web 2.0 in der «Cloud», das clientseitig die volle Freiheit lässt vom Handy über Tablets, Notebooks bis hin zu Desktops, unter Linux, Android, iOS, OS-X, Windows. Modernes Arbeiten funktioniert online und papierlos. Ausgetauscht wird über sichere Plattformen, die von der Schule oder den IDW zur Verfügung gestellt werden. Die Schüler haben dieselbe Umgebung zu Hause, wie in der Schule und können nach Unterrichtsende nahtlos weiterarbeiten, was sie gern tun dank der Motivation, die die Schule vermitteln sollte. Doch leider ist nichts davon auch nur ansatzweise realisiert. Die Chance wurde verpasst. Entsprechend geht es nur darum, diese Vorlage ohne jegliche Begeisterung durchzuwinken in der Hoffnung, dass der erneuerte Stadtrat frischen Wind in die städtische Informatik bringt und gegenüber neuen Ansätzen und OpenSource aufgeschlossener sein wird. Die Budgetanträge der IDW zeigen allerdings noch immer in die gegenteilige Richtung, wie wir in der Budgetdebatte diskutieren werden.

Stadträtin Y. Beutler: Eigentlich betrifft dieses Geschäft die Schule. M. Wäckerlin hat sich aber hauptsächlich zur IDW geäußert. Stadträtin Y. Beutler ist noch nicht sehr lange im Amt, trotzdem hatte sie bereits einen regen Austausch mit dieser Abteilung. Manchmal ist nicht einfach das Konzept der Piratenpartei, hinüber springen und entern, das richtige. Das Ausarbeiten einer Strategie ist komplexer, das trifft auch auf die ITC-Infrastruktur zu. M. Wäckerlin sind zudem die Probleme bekannt, welche die Stadt mit Open Source erwarten würden. Stadträtin Y. Beutler ist gerne bereit das Thema in einem anderen Rahmen erneut

zu diskutieren. An diesem Thema sind nicht alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte gleichermassen interessiert wie M. Wäckerlin. Die pauschale Verunglimpfung der Mitarbeitenden der IDW weist Stadträtin Y. Beutler aber entschieden zurück.

Ratspräsident J. Lisibach: Damit ist Traktandum 3 erledigt.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2012/106: Beteiligung der Stadt Winterthur an der "Swisspower Renewables AG" mit Fr. 25 Mio.

Ratspräsident J. Lisibach: Auch bei diesem Geschäft kann auf eine Beratung verzichtet werden, bisher liegen keine Wortmeldungen vor.

B. Meier (GLP/PP): Die Stadt soll sich mit 25 Millionen an der Swisspower Renewables AG beteiligen. Die Finanzierung erfolgt aus dem Rahmenkredit von 90 Millionen, der im September 2012 vom Volk mit einer sehr hohen Zustimmung von über 76 % genehmigt worden ist. Im Abstimmungsbüchlein wurde darauf hingewiesen, dass eine Investition in die Firma Swisspower Renewables AG geplant ist. Der Gemeinderat und das Volk haben beschlossen, dass die Kreditlimite, das heisst die Entscheidungskompetenz für Einzelgeschäfte, bei 12 Millionen liegt und für Beteiligungen bei maximal 20 Millionen. Höhere Beteiligungen müssen dem Gemeinderat vorgelegt werden. Das ist im vorliegenden Geschäft der Fall. Die Swisspower Renewables AG besteht bereits. Sie wurde vor knapp einem Jahr gegründet und soll sich an Unternehmen beteiligen, die erneuerbaren Strom produzieren aus Wind- oder Wasserkraft. Die Aktionäre, das wäre auch die Stadt Winterthur, erhalten Strombezugsrechte im Rahmen ihrer Beteiligung. Der AG werden im Endausbau voraussichtlich 12 Partner angehören, dabei handelt es sich um Stadtwerke. Angestrebt wird ein Eigenkapital von 163 Millionen. Es ist die Grundidee dieser AG, die Interessen der Städte zu bündeln und sich an grossen und effizienten Produktionsanlagen zu beteiligen, was für die einzelnen Stadtwerke schwierig wenn nicht unmöglich wäre. Die Partner sind in der Weisung aufgelistet. 6 Gründungspartner gehören zur Swisspower Renewables AG, weitere 6 Partner haben Absichtserklärungen abgegeben. Winterthur soll sich mit rund 15 % am Aktienkapital beteiligen. Die Investitionen, welche die Swisspower Renewables AG tätigen will, beschränken sich auf Europa, wobei der Fokus auf der Schweiz und den angrenzenden Ländern liegt. Bezüglich Technologie soll ausschliesslich in Wasser- und Windkraft investiert werden. Die Windkraft wird zudem auf Landstandorte beschränkt. Bezüglich des Einstiegszeitpunkts hat die AG ein weiteres Kriterium gesetzt. Sie wird sich erst an einem Projekt beteiligen, wenn eine Baubewilligung vorliegt und Fremdkapital verfügbar ist. Das heisst man will mit diesem Verfahren Risiken ausschliessen.

Die Beteiligung für die Stadt Winterthur beträgt 25 Millionen. Das gibt der Stadt Strombezugsrechte in der Grössenordnung von 90 bis 120 Gigawattstunden pro Jahr. Das sind 90 bis 120 Millionen Kilowattstunden und entspricht einem Anteil von 15 bis 20 % des heutigen Stromverbrauchs. Winterthur benötigt ca. 600 Millionen Kilowattstunden pro Jahr. Details zur Form der Beteiligung werden in der Weisung geschildert. Art der Mitsprache: Winterthur hat einen Beobachterstatus im Verwaltungsrat, bei einer definitiven Beteiligung ist ein Verwaltungsratssitz zugesichert. Nutzen und Risiken sind in der Weisung ebenfalls erläutert. Den Nutzen hat B. Meier im Wesentlichen erwähnt. Das sind die Beteiligung und die Strombezugsrechte an erneuerbarem Strom. Unter Risiken erwähnt der Stadtrat, dass sich die Beteiligungen anders entwickeln können als geplant. Die Stadt versucht mit den geschilderten Massnahmen den Risiken zuvorkommen und sie möglichst gering zu halten. Die Beratung in der Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) war relativ kurz, weil in der Diskussion über den Rahmenkredit das Geschäft bereits vorberaten wurde. Das Geschäft konnte in einer Lesung behandelt werden. Fragen zum Aktionärsbindungsvertrag, zum zeitlichen Aufbau der Beteiligungen, zur Dividendenpolitik und zu den Entscheidungsregelungen wurden behandelt und diskutiert. Die Annahme in der BBK erfolgte einstimmig. B. Meier zeigt zum Ab-

schluss einen Auszug aus einer Medienmitteilung. Swisspower Renewables AG beteiligt sich an einem Windkraftpark in Bayern, der ca. 34 Millionen Kilowattstunden produzieren wird. B. Meier zeigt das Bild einer Bayrischen Hügellandschaft auf der bereits Wind geerntet wird.

Ratspräsident J. Lisibach: Es liegen keine Wortmeldungen oder Anträge vor, damit hat der Gemeinderat dem Kredit von 15 Millionen zugestimmt. Das Geschäft 2012/106 ist erledigt.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2012/081: Kommunale Volksinitiative «Stiftung für bezahlbaren Wohn- und Gewerberaum»

N. Albi (SVP): Die Volksinitiative „Stiftung für bezahlbaren Wohn- und Gewerberaum“ ist mit 1'800 Stimmen zustande gekommen. Die Unterzeichnenden fordern eine Stiftung oder eine geeignete Trägerschaft, die mit einem Grundkapital von 10 Millionen auszustatten ist. Mit diesem Betrag soll der Bau von nicht renditeorientierten Wohn- und Gewerberäumen gefördert werden. Begründung: Die Stadt Winterthur soll sich zum Ziel setzen preiswerten Wohn- und Gewerberaum zu erhalten und zu schaffen. In der Stadt Winterthur soll Wohnen für alle möglich und erschwinglich sein. Der Stadtrat beantragt beim Grossen Gemeinderat die Zustimmung zu dieser Initiative. Kriterien: Was ist bezahlbar? In der Weisung ist zu lesen, dass es keine präzise allgemeine Definition für Bezahlbarkeit gibt. In der Schweiz leben 400'000 Personen in 144'000 Wohnungen, die sich im Besitz 1'000 Baugenossenschaften oder Gemeinden befinden. Als Musterbeispiel gilt die Stadt Zürich mit 50'000 genossenschaftlichen Wohnungen. In Winterthur sind es 5'750 Wohnungen, die genossenschaftlich verwaltet werden. Die Stadt Winterthur besitzt im Finanzvermögen 435 Wohnungen, die nicht gewinnorientiert bewirtschaftet werden. Die Anzahl gemeinnütziger Wohnbauträger in Winterthur entspricht etwa dem kantonalen Mittel – mit Ausnahme der Stadt Zürich, die eine Vorbildfunktion übernimmt. In der Weisung wird ein Vergleich gezogen zwischen Standardneubauten und preisgünstigen Neubauten. Hier darf man sich nicht täuschen lassen und muss aufpassen, dass man nicht Äpfel mit Birnen vergleicht. Die Tabelle zeigt, dass eine 4-Zimmer-Wohnung in einem Standardneubau 2'340 Franken kostet, inklusive Einstellplatz. Eine 4-Zimmer-Wohnung in einem preisgünstigen Neubau kostet immerhin 1'720 Franken, ohne Einstellplatz. In der Vergangenheit war die Stadt nicht tatenlos. Im vergünstigten Wohnungsbau konnten in den letzten 2 bis 3 Jahren relativ viele Wohnungen gebaut werden. Einige Projekte sind zudem in Planung. Parallel zu dieser Initiative soll auch im Kanton Zürich eine Volksinitiative eingereicht werden, die ungefähr in die gleiche Richtung weist. Winterthur kann eventuell vom Kanton ein Darlehen oder Gelder für einen Fond erhalten. Allerdings konnten noch nicht genügend Unterschriften gesammelt werden. Wenn diese Initiative zustande kommen sollte, wären zusätzliche Möglichkeiten vorhanden in genossenschaftliche Bauvorhaben zu investieren.

Finanzierung der Trägerschaft: Das Grundkapital soll 10 Millionen betragen. Bei einer branchenüblichen Fremdfinanzierung von 80 Prozent kann damit ein Gesamtkapital von 50 Millionen generiert werden. Das ist nicht sehr viel. Es gibt zwei Möglichkeiten dieses Kapital einzubringen. Die Stadt kann die 10 Millionen als flüssige Mittel oder als Liegenschaften einbringen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass eine Liegenschaft damit dem direkten politischen Einfluss entzogen wird. Finanzielle Auswirkungen für die Stadt: Die Finanzierung der Trägerschaft mit 10 Millionen wird die Eigenkapitalbasis schmälern oder die laufende Rechnung mit Investitionsfolgekosten belasten. In der Kommission wurde das Geschäft in einer Lesung behandelt und kontrovers diskutiert. Es ist fraglich, ob die Stadt in der Lage ist diese Mittel aufzubringen. Der Betrag ist zudem zu gering, um eine grosse Wirkung zu haben. Die Frage, ob sich die Stadt an Genossenschaften beteiligen soll, muss rechtlich abgeklärt werden. Die Aufsichtskommission hat mit 6 zu 3 Stimmen der Weisung zugestimmt. N. Albi vertritt die Meinung der SVP. Die SVP-Fraktion lehnt die Anträge einstimmig ab.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Das Geschäft 2012/081 beinhaltet zwei Anträge. Ziffer 1 scheint unumstritten zu sein, die Initiative ist sicher gültig. Die Äusserungen von Ch. Griesser beziehen sich auf Ziffer 2. In Winterthur waren früher vier grosse Arbeitgeber angesiedelt, die auch Wohnhäuser gebaut haben. Diese Wohnungen wurden den Angestellten aber auch anderen Interessentinnen und Interessenten vermietet. Ein maximaler Profit war nicht das Ziel. Letztlich wurde darauf geachtet, dass die Leute, nach der Bezahlung der Mieten, noch Geld hatten. Lohn und Miete waren ein Paket. Die grossen Arbeitgeber sind nicht mehr so gross. Gleichzeitig mit ihrem Niedergang ist die Bevölkerungszahl gesunken und infolgedessen waren auch die Mieten in Winterthur relativ günstig. Irgendwann kam die Trendwende auch in Winterthur an – Bevölkerungszahl, Bodenpreise und Mieten sind gestiegen. 2008 kam der Einbruch. Aktien und Obligationen werfen praktisch keine Rendite mehr ab. Der Hypothekarzins ist extrem tief. Viele Leute haben ihr Geld in Immobilien investiert. Die Konsequenzen sind klar – die Mieten steigen und steigen. Aufgrund des sehr tiefen Hypothekarzinses wird extrem viel umgebaut, auch das führt zu Mietzinserhöhungen. Leute mit kleinerem Budget haben deshalb ein Problem.

Die Grüne/AL-Fraktion will nicht, dass Menschen, die seit langem in Winterthur leben, von hochqualifizierten Doppelverdienern aus der Stadt gedrängt werden. Winterthur muss Platz haben für alle. Hinzu kommt, dass die Marktwirtschaft im Wohnungsmarkt nicht perfekt funktioniert. Schliesslich muss jeder wohnen. Deshalb ist es nötig, dass das Wohnen für Leute mit kleinem Budget unter gewissen Umständen und unter Einhaltung von bestimmten Regeln verbilligt wird. Das könnte heissen, dass die Wohnungen ca. 15 bis 20 % billiger wären als auf dem Wohnungsmarkt. Aber nicht jede Genossenschaft bietet automatisch Wohnungen zu tiefen Mietzinsen an. Es gibt auch Genossenschaften, die einen sehr hohen Standard bieten und entsprechend hohe Mieten verlangen. Die Stadt kann die Initiative umsetzen, wenn der Wille da ist. Ch. Griesser erinnert an die letzte Budgetdebatte. Damals hat die Grüne/AL-Fraktion für den Verkauf von 10 Einfamilienhäusern gestimmt. Allein dieser Erlös sollte bereits ausreichen. Die Stadt erhält 20 Millionen mehr aus dem Ressourcenausgleich. Auch das ist ein grosser Beitrag. Ein Teil davon könnte in günstigen Wohnraum investiert werden. Die Grüne/AL-Fraktion stimmt Ziffer 2 der Weisung zu. Sie ist dafür, dass der Stadtrat beauftragt wird eine Umsetzungsvorlage auszuarbeiten.

M. Wenger (FDP): Verfügbarer Boden in Winterthur ist knapp und wird es auch bleiben. Zum Glück ist das so, denn das ist ein Ausdruck der Attraktivität und des Wachstums in Winterthur. In den 90er Jahren war das anders. Das ist keine schöne Erinnerung. Gemäss dieser Initiative soll Winterthur 10 Millionen in eine Stiftung oder in eine andere geeignete Trägerschaft einzahlen, die sich für bezahlbaren Wohn- und Gewerberaum engagiert. Die Stadt ist in diesem Bereich bereits aktiv. Zu den bisherigen 6'435 Wohnungen in den Händen gemeinnütziger Wohnbauträger sind 778 Wohnungen hinzugekommen. Das ist immerhin ein Zuwachs von 12 %. 10 Millionen wären weg. Winterthur hat ein Eigenkapital von 25 Millionen, bei einer jährlichen Rechnung von 1,5 Milliarden. Diese 25 Millionen reichen lediglich für 1 Woche. Wenn die Stadt helfen will, muss sie selber finanziell gesund sein. Die FDP will nicht Geld umverteilen, das die Stadt nicht besitzt und lehnt die Initiative ab.

R. Harlacher (CVP): Die CVP-Fraktion kann die Forderung nach bezahlbarem Wohn- und Gewerberaum nachvollziehen und grundsätzlich teilen. Es ist wichtig, dass sich die Stadt für bezahlbaren Wohn- und Gewerberaum einsetzt. Das hat der Stadtrat in seinen Legislaturschwerpunkten festgelegt. Diesbezüglich sind bereits viele städtische Aktivitäten zu verzeichnen, die auch in der Weisung aufgeführt sind. Eine zusätzliche Stiftung für bezahlbaren Wohn- und Gewerberaum, wie das mit dem Volksbegehren gefordert wird, sieht die CVP allerdings nicht als das richtige Instrument an, um der Problematik gerecht zu werden. Sie sieht dabei folgende Nachteile: Vom ökonomischen Standpunkt her betrachtet, verzerrt ein Eingriff mit finanziellen Mitteln den Markt. Das bedeutet, dass der bereits knappe Wohn- und Gewerberaum in Winterthur, durch dieses Eingreifen weiter verknappt wird. Das wird vor allem die Mittelschicht zu spüren bekommen, die nicht in die Zielgruppe gehört und damit von den subventionierten Wohnungen nicht profitieren kann. Der Mittelstand wird dadurch

mehr für die Wohnungen bezahlen müssen. Die Mieten wurden nicht einfach durch die Rendite der Anlagemöglichkeiten in die Höhe getrieben, sondern dadurch, dass die Nachfrage das Angebot übersteigt. Es ist also der Mittelstand, der sich mit dieser Initiative deutlich im Gegenwind sieht. Die CVP erachtet es als ausserordentlich wichtig, dass sich auch der Mittelstand in Zukunft Wohnungen in Winterthur leisten kann. Die finanzielle Situation der Stadt ist ein weiteres Problem. 10 Millionen müssten in die Stiftung eingezahlt werden. Dieses Geld kann die Stadt nicht einfach so aufbringen. Man müsste sich überlegen, ob andere Investitionen deswegen zurückgestellt werden sollen. In diesem Bereich wird bereits einiges getan, deshalb steht diese Investition nicht an erster Stelle. Die CVP vertritt den Standpunkt, dass das Anliegen wichtig ist. Der Stadtrat unternimmt aber bereits sehr viel, um die Problematik in diesem Bereich zu entschärfen. Insofern sind die Forderungen dieser Initiative fast schon erfüllt. Die CVP lehnt deshalb die Initiative ab.

S. Näf (SP): Für die SP ist es ein Kernanliegen, dass in Winterthur Wohnen für alle möglich und erschwinglich ist. Die Bevölkerung soll nicht vertrieben werden, wenn sie in Winterthur bleiben möchte. Eine gute Durchmischung der Quartiere ist für die SP ein wichtiges Anliegen. Aus diesem Grund hat die SP die vorliegende Initiative mitlanciert und fordert damit, dass Winterthur mittels einer Stiftung preiswerten Wohn- und Werkraum schafft. Fehlender bezahlbarer Wohnraum ist in der Stadt Winterthur ein grosses Problem – sowohl für Familien und junge Erwachsene als auch für ältere Menschen wird es immer schwieriger eine finanziell tragbare Wohnung zu finden. Das zeigt sich unter anderem daran, dass die Wohnungsproblematik bei der Einwohnerbefragung 2011 von der Bevölkerung als eines der grössten Probleme gewertet wurde. Auch in Gesprächen mit der Bevölkerung auf der Strasse wurde ersichtlich, dass fehlender Wohnraum ein Thema ist, das die Menschen in Winterthur sehr bewegt. Die Mietzinse wurden in den letzten Jahren stark erhöht. Aus der Weisung geht hervor, dass sich die Quadratmeterpreise der Mietwohnungen allein seit 2005 um 10 % verteuert haben. Zudem ist gemäss der Weisung aufgrund der aktuellen Marktsituation zu erwarten, dass der Anteil an gemeinnützigem Wohnungsbau in Winterthur tendenziell zurückgehen wird, obwohl er bereits heute sehr gering ausfällt. Mittels dieser Initiative muss alles daran gesetzt werden, dass mehr und nicht weniger gemeinnütziger Wohnraum zur Verfügung steht. Das Vorgehen, mit einer Stiftung mehr gemeinnützigen Wohnraum zu schaffen, hat sich bereits in anderen Schweizer Städten bewährt. Das eingesetzte Stiftungskapital von 10 Millionen soll dazu verwendet werden, möglichst viele Mietwohnungen der Spekulation zu entziehen und diese mittels Kostenmiete zu bewirtschaften. Damit werden diese Liegenschaften nicht gewinnorientiert bewirtschaftet, was erschwingliche Mietzinse ermöglicht. Um subventionierten Wohnraum geht es jedoch nicht. Trotzdem ist es wichtig, dass das Engagement dieser Stiftung den Personen zukommt, die bezahlbaren Wohnraum nötig haben. Die SP hofft, dass der Grosse Gemeinderat das Problem heute anpackt und die Initiative dem Stadtrat zur Ausarbeitung einer Umsetzungsvorlage überweist.

M. Zeugin (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion anerkennt, dass der Stadtrat gute Arbeit geleistet und eine saubere Auslegeordnung zum gemeinnützigen Wohnbau in Winterthur vorgelegt hat. Das beginnt im Bereich des subventionierten Wohnungsbaus, in diesem Bereich stehen noch Gelder zur Verfügung, die nicht vollständig genutzt wurden. Der Stadtrat zeigt auf, dass die Arbeit der Wohnbaugenossenschaften in Winterthur notwendig ist. Die Stadt kann nicht auf diese Hilfe zur Selbsthilfe verzichten. Der Stadtrat anerkennt in seiner Weisung, dass die Kriterien für die Vergabe von Wohnungen entscheidend sind, damit diejenigen eine Wohnung beziehen können, die am ehesten Anspruch darauf haben und nicht diejenigen, die aufgrund historischer Tatsachen in diesen Wohnungen wohnen. Er hat die Schwierigkeiten in diesem Bereich aufgezeigt. Damit der Stadtrat diese Ausgabe gegenüber den Steuerzahlern rechtfertigen kann, muss mit den 10 Millionen eine Wirkung erzielt werden. Der Stadtrat stellt zudem fest, dass der Wohnungsmarkt in Winterthur bereits sehr stark ausgereizt ist. Die Stadt muss aber in Zukunft vermehrt auf die Ausgaben achten. Es droht sogar die Gefahr einer Steuererhöhung. Für die GLP/PP-Fraktion sind die Schlussfolgerungen des Stadtrates nicht ganz nachvollziehbar. Im Rahmen der Umsetzung übernimmt er die Mängel, die bereits

in der Weisung enthalten sind und verpasst es die entsprechenden Justierungen vorzunehmen.

Was fordert die Initiative genau? Sie beklagt in einem ersten Punkt, dass die Mieten in Winterthur unbezahlbar sind. Hier stellt sich die Frage, ob das tatsächlich der Fall ist. Wären alle Mieten unattraktiv, dann würde Winterthur nicht ein so hohes Einwohnerwachstum verzeichnen. Das Wachstum von aussen ist ein klares Indiz, dass die Mieten nicht grundsätzlich zu hoch sind. Niemand ist verpflichtet nach Winterthur zu ziehen. Tatsache ist, dass das Gesamtangebot in Winterthur kein grundsätzliches Problem darstellt. Die Initiative fordert, dass das Wachstum in einem Bereich angekurbelt wird, der bereits sehr stark wächst. Der Handlungsbedarf liegt an einem anderen Ort – nämlich bei der Hilfe zur Selbsthilfe. Wenn die Winterthurerinnen und Winterthurer Gefahr laufen, aus der Stadt verdrängt zu werden, weil die Mieten steigen, anerkennen auch die Grünliberalen, dass ein Handlungsbedarf besteht. Zu diesen Leuten, die seit langem in Winterthur wohnen, muss die Stadt Sorge tragen. Eine Stiftung ist aber das falsche Mittel um diese Probleme anzugehen. Hilfe zur Selbsthilfe kann nicht staatlich verordnet und noch weniger staatlich verordnet an eine Stiftung delegiert werden. Es ist schade, dass sich der Stadtrat nicht auf die Stärken von Winterthur abstützt. Es entspricht nicht den Zeichen der Zeit mit einer eigenen Stiftung in diesem Markt aktiv zu werden und eine eigene Organisation aufzubauen. Mutmasslich muss für diesen Aufbau mit Kosten von ca. 1 Million gerechnet werden. Zudem muss man noch Land finden, das günstig bebaut werden kann. Auch die Marktrisiken sind sehr gross. Die die Stadt Zürich, die seit Jahrzehnten in diesem Bereich tätig ist, müsste vorzeigen können wie gut das funktioniert. Fakt ist, dass trotz des grossen Engagements der Stadt Zürich in diesem Bereich, die Situation noch viel schlimmer ist.

Aus diesem Grund stellen die Grünliberalen folgende Forderungen: 1. Bei der Umsetzung der Weisung muss der Stadtrat auf die Stärken von Winterthur setzen. Das bedeutet, dass keine Stiftung und keine eigene Organisation gegründet werden soll. Den bereits bestehenden Playern, die den Markt im Griff haben und die den Bedarf kennen, das heisst den Wohnbaugenossenschaften, soll vermehrt Land im Baurecht abgegeben werden – Land im Umfang von 10 Millionen. Die Grünliberalen sind durchaus bereit diesem Vorschlag zuzustimmen. Die Selbsthilfe soll im Zentrum stehen und nicht staatliche Hilfe. 2. Es braucht in Zukunft klare Kriterien für die Vergabe von Wohnungen. Winterthur hat in dieser Hinsicht einen grossen Nachholbedarf. Es gibt sehr wenig klare Bedingungen. Der Stadtrat hat zugesichert, dass es möglich ist, diese Aspekte im Rahmen der Umsetzungsweisung zu berücksichtigen und dass es deshalb nicht notwenige ist bereits jetzt einen Gegenvorschlag aufzulegen. 3. An der Ökologie darf es keine Abstriche geben. Wenn die Stadt in 10 bis 20 Jahren nicht als töricht gelten will, weil sie bei der Ökologie Abstriche gemacht und dadurch explodierende Heizkosten in Kauf genommen hat, muss heute die Ökologie entsprechend gewichtet werden. Das ist in der Weisung nicht explizit erwähnt. Die Stadt vergleicht teure Wohnungen mit Parkplatz mit günstigen Wohnungen ohne Parkplatz. Die Grünliberalen sind nicht der Meinung, dass ein Parkplatz gebaut werden muss. Es müssen aber Äpfel mit Äpfeln verglichen werden. Eine grössere Leistung kann nicht mit einer kleineren verglichen werden. Das sind die drei Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit die GLP diese Initiative vorläufig unterstützen kann. Sie wird genau darauf achten, ob die entsprechenden Punkte in der Umsetzungsweisung enthalten sind. Zum jetzigen Zeitpunkt sind die Stimmen der Grünliberalen entscheidend, ob die Initiative an den Stadtrat überwiesen oder abgelehnt wird. Wenn die Stadt jetzt beginnt Land zu verkaufen und in einem oder zwei Jahren noch teureres Land kaufen muss, damit diese Stiftung alimentiert werden kann, wäre das ein Eingengal. Die Grünliberalen fordern den Stadtrat auf, bis Klarheit bezüglich der Umsetzung herrscht, keine entsprechenden Landverkäufe mehr zu tätigen.

N. Gugger (EVP): Die bürgerlichen haben viele Argumente vorgebracht, die gegen diese Initiative sprechen. Winterthur war eine Stadt, die vielen Arbeit und Obdach gegeben hat. Worum geht es eigentlich? Bezahlbare Wohnungen sind in Winterthur ein knappes Gut. Das hat auch die SVP nicht in Abrede gestellt. Es ist Zeit sich dafür einzusetzen, dass auch Familien mit mittleren und unteren Einkommen in Winterthur bezahlbaren Wohnraum finden. Wohnungen nach dem Prinzip der Kostenmiete sind günstiger als vergleichbare Objekte auf

dem freien Wohnungsmarkt. Der Wohlstand ist immer ungleicher verteilt, deshalb ist ein aktives Entgegenwirken gegen die Verarmung der Bevölkerung mit einem mittleren Einkommen unumgänglich. Viele Städte und Gemeinden überlegen sich deshalb, wie der Wohnungsbau nach dem Prinzip der Kostenmiete gefördert werden kann. Auch im Kanton Zürich, wurden zu diesem Zweck verschiedene Massnahmen umgesetzt. Mit einem Anteil von 10 % am gesamten Wohnungsbestand ist Winterthur im Vergleich zu Zürich um 15 % im Rückstand. Gemeinden wie Uster, Schlieren und Horgen haben einen höheren Anteil an gemeinnützigen Wohnungen. Wohnungsbau nach dem Prinzip der Kostenmiete ist sowohl sozial, ökologisch als auch wirtschaftlich sinnvoll. Bei dieser Initiative steht der Mensch und nicht die Rendite im Vordergrund. Es lohnt sich, dass man sich für die Menschen in Winterthur einsetzt. Preisgünstiges Wohnen muss im Sinne einer ausgewogenen Stadtentwicklung gezielt gefördert werden. N. Gugger erinnert den Stadtrat an seine Legislaturziele. Darin hat er klar die soziale Stadtentwicklung betont und den gemeinnützigen oder günstigen Wohnungsbau als Forderung in die Legislaturziele aufgenommen. Die EVP-Fraktion hat die Initiative gemeinsam mit den Grünen und der SP unterstützt. In diesem Sinne bittet N. Gugger die Ratsmitglieder, die Initiative nicht abzulehnen.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Die Volksinitiative «Stiftung für bezahlbaren Wohn- und Gewerberaum» verlangt, dass die Stadt Winterthur zehn Millionen in eine Stiftung investiert, die damit «bezahlbaren» Wohn- und Gewerbebaum finanziert. Das Problem ist, dass nur sehr wenige davon profitieren werden. Zehn Millionen sind im Wohnungsmarkt rasch aufgebraucht. Zudem müsste man Einkommensgrenzen und Kriterien festlegen, wer davon wie profitieren kann, um sicherzustellen, dass nur Bedürftige Anspruch haben. Damit schafft man aber neue Sozialleistungen und Subventionen an der bereits bestehenden Sozialhilfe vorbei. Die Piraten sind der Meinung, man muss Menschen unterstützen, die nicht auf eigenen Beinen stehen können. Das aber ganz zielgerichtet fokussiert auf finanzielle Unterstützung und nicht mit Subventionen hier und einer Preisreduktion da. Die Piraten erachten es als Teil der Würde des Menschen, dass er im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten frei entscheiden kann, welchen Betrag er zu welchem Zweck einsetzt, und nicht dass der Staat ihm durch Subventionen vorschreibt, welche Güter ihm zustehen. Wenn die Mieten zu teuer sind, soll die Sozialhilfe aufgestockt werden. Wohnungsknappheit herrscht generell, in den meisten Preissegmenten. Dass trotzdem einige Wohnungen länger leer stehen beweist, dass der Markt grundsätzlich funktioniert. Nur ist das Gut entsprechend knapp. Ein grenzenloses schnelles Wachstum an Wohnbevölkerung ist hingegen unerwünscht. Darum sollten wir lernen, mit dem knappen Angebot zu leben, es trifft alle, nicht nur die wenigen, denen mit dieser Initiative geholfen werden soll. Der Staat aber soll ausserhalb strategischer Liegenschaften und ausserhalb seines Anlagevermögens nicht in den Immobilienmarkt eingreifen. Daher hat die Piratenpartei Winterthur an ihrem 9. Parley die Ablehnung dieser Initiative beschlossen. Wenn der Antrag durchkommt und die Umsetzungsvorlage die Anregungen der Grünliberalen aufnimmt, wird die Piratenpartei die Vorlage unter diesem Aspekt neu beurteilen.

N. Gugger (EVP) weist darauf hin, dass mit den 10 Millionen 50 Millionen generiert werden. Die 10 Millionen sind das Eigenkapital, das in die Stiftung eingelegt werden soll. Dann kann 80 % des Gesamtkapitals bei den Banken aufgenommen werden. Damit stehen 50 Millionen zur Verfügung. Damit lässt sich etwas Gutes machen für die Menschen, die zu kämpfen haben. Nicht alle, die jetzt in Winterthur wohnen, können es sich in Zukunft leisten in der Stadt zu bleiben.

Stadträtin Y. Beutler ist seit 5 Wochen im Amt und schon holt sie zum zweiten Mal die Vergangenheit ein. Sie ist glücklich, dass der Stadtrat dieser Wohnbaustiftung positiv gegenübersteht. Ansonsten hätte Stadträtin Y. Beutler einen schweren Stand. Verschiedene Themen wurden in den Voten angesprochen. Vor allem die Grünliberalen haben angeregt, dass eine andere Form denkbar sein könnte. Der Stadtrat hat in der Weisung eine Auslegung gemacht und die Umsetzungsmöglichkeiten aufgezeigt. Er ist zum Schluss gekommen, dass eine öffentlich-rechtliche Stiftung zu bevorzugen ist. Er hat aber auch andere Möglichkeiten abgeklärt. Dabei hat er sich dabei an der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn-

und Gewerberäumen der Stadt Zürich (Stiftung PWG) orientiert, die sehr erfolgreich in diesem Bereich tätig ist. Damit muss das Rad nicht neu erfunden werden. Wichtig ist, dass diese Stiftung keine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung zu den bisherigen Genossenschaften darstellen soll. Die Genossenschaften arbeiten in Winterthur sehr gut zusammen. Das zeigt sich auch an den neuen Projekten. Insofern wäre diese Stiftung nicht einfach ein zusätzlicher Player, der die Preise in die Höhe treiben würde. In Winterthur gibt es zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Das ist zum einen statistisch erhärtet und zum anderen entspricht es einer subjektiven Empfindung der Bevölkerung. Das muss und soll der Stadtrat ernst nehmen.

N. Gugger hat bereits darauf hingewiesen. Das Kapital bleibt nicht auf diese 10 Millionen beschränkt. Ein Mehrfaches davon wird der Stiftung zur Verfügung stehen, damit kann etwas bewirkt werden. Stiftungen können zudem attraktiv sein für Legate. Menschen, die ihre Hinterlassenschaft der Spekulation entziehen wollen, haben eine Möglichkeit diese einzubringen. Wichtig und ein zentrales Anliegen sind die Vermietungskriterien. Es soll Vorgaben geben betreffend Belegung und Einkommen, damit Menschen in diese Wohnungen einziehen können, die darauf angewiesen sind. Im Initiativtext steht, dass Energieeffizienz und Nachhaltigkeit einen Stellenwert erhalten sollen. Das ist ein wichtiges Anliegen im Hinblick auf die Zukunft, nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch.

Mit dem Vergleich in der Weisung – von teureren Wohnungen mit einem Parkplatz mit günstig gebauten Wohnungen ohne Parkplatz – soll gezeigt werden, was den Wohnraum, neben dem Bodenpreis, verteuert. Der Platzbedarf pro Person ist tatsächlich sehr gross, gewünscht werden zwei Nasszellen, einen Tiefgaragenplatz etc. Mit dieser Aufstellung soll gezeigt werden, wie günstiger gebaut werden kann für Menschen, die nicht so viel Platz benötigen und zum Teil auf Komfort verzichten. Die Finanzierung ist für den Stadtrat ein wichtiges Anliegen. Zwei Möglichkeiten sind denkbar – zum einen Bareinlagen und zum anderen Sacheinlagen. Das wird man noch abklären müssen. Dass diese Initiative zustande gekommen ist, hat seine Gründe. Hier kann man an das Votum der GLP anknüpfen, was die Landverkäufe angeht. Es war ein spezifischer Landverkauf, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat und der auch in den Kommissionen diskutiert wurde. Das Geld aus dem Landverkauf kann nicht zweckgebunden eingesetzt werden. Der Stadtrat will aber davon absehen, grosse Flächen zu verkaufen. Er will sie den Genossenschaften zu guten Konditionen im Baurecht zur Verfügung stellen. Damit gibt er das Land nicht definitiv aus der Hand. Die kantonale Initiative sieht Stadträtin Y. Beutler als Ergänzung zur vorgeschlagenen Stiftung. Es ist vorstellbar, dass eine Stiftung von entsprechenden Beiträgen profitieren kann. Ein wichtiger Anteil dieser Initiative ist es, einen Wohnraumfond zu äufnen. Stadträtin Y. Beutler legt den Ratsmitgliedern ans Herz, diese Stiftung vorläufig zu unterstützen, damit der Stadtrat die Umsetzungsvorlage ausarbeiten kann. So besteht seitens der Stadt die Möglichkeit auf dem Wohnungsmarkt schneller einzugreifen. Die Stadt ist oft zu langsam, weil der ordentliche Weg eingehalten werden muss. Der Stadtrat muss zuerst das Parlament und allenfalls auch das Volk überzeugen. Durch diese Stiftung hätte die Stadt die Möglichkeit einen notwendigen Beitrag zu leisten, um den Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu lindern.

Ratspräsident J. Lisibach: Da im weiteren Verlauf dieses Geschäfts das Abstimmungsresultat bekannt sein muss, lässt Ratspräsident J. Lisibach die Stimmen auszählen. Der Antrag 1 wurde nicht in Frage gestellt und ist damit angenommen. Zu Antrag 2 hat die SVP einen Ablehnungsantrag gestellt. Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Antrag abstimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag 2 mit 28 zu 26 Stimmen zu. Damit ist das Geschäft 2012/081 erledigt.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2012/096: Kredit von Fr. 800'000.-- inkl. MWST für die Weiterführung der Projektierungs- und Ausführungskoordination sowie der Öffentlichkeitsarbeit und der Gesamtleitung der Masterplanung Stadtraum Bahnhof

Ratspräsident J. Lisibach: Bei diesem Geschäft sollte auf eine Beratung verzichtet werden. Dieser Antrag ist hinfällig, weil ein Kürzungsantrag gestellt werden soll.

F. Landolt (SP): Am 17. Mai 2009 hat das Stimmvolk mit einem Ja-Anteil von 67,3 % einem Rahmenkredit von 84 Millionen für das ganze Bahnhofgebiet zugestimmt. Am 14. September 2009 hat der Gemeinderat die erste Tranche aus dem Rahmenkredit gutgeheissen, die einen Projektierungskredit von 600'000 Franken beinhaltet, der 2011 ausgeschöpft sein würde. Diese Frist konnte überschritten werden. Der Projektierungskredit wurde für folgende Objekte benötigt. Miete Ausstellungsraum, ca. 135'000 Franken, Gesamtleitung ca. 90'000 Franken, Ausstattung ca. 45'000 Franken, Forums-Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit ca. 40'000 Franken. Eine Studie zur Veloparkierung ist in Auftrag gegeben, die Kosten belaufen sich auf ca. 200'000 Franken, Öffentlichkeitsarbeit Bahnhofplatz Süd und Internet-Auftritt ca. 45'000 Franken. Für die Jahre 2013 bis 2016 ist ein neuer Kredit in der Höhe 800'000 beantragt. Dieser setzt sich wie folgt zusammen: Öffentlichkeitsarbeit ca. 370'000 Franken, diese ist für das Projekt sehr wichtig. Der Betrag setzt sich aus verschiedenen Posten zusammen – Miete Ausstellungsraum, Kommunikation, Internetseite, Forumsveranstaltungen und anderes. 200'000 Franken sind für die eigentliche Projektkoordination bestimmt und 230'000 Franken für die zeitgerechte Realisierung unvorhergesehener oder kurzfristiger Projekte. Die Vorlage hat F. Landolt mit dem zuständigen Amtsleiter des Tiefbauamtes besprochen, der zuhänden der Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) einige Beispiele zusammengestellt hat. Die Kommission hat den Kredit einstimmig befürwortet.

Die Projektorganisation und der Masterplan Bahnhof ist ein grosses Gebilde, das oben sehr schlank organisiert ist mit einem Gesamtleiter, einem Projektleiter und einem Büro, das die Koordination übernimmt. Im Weiteren sind diverse Stellen der Stadtverwaltung in das Projekt involviert – zum Beispiel Elektrizität, Stadtbuss, Wasser etc. Sämtliche Einzelmassnahmen müssen koordiniert werden. Die 200'000 Franken für die Projektkoordination sind im Wesentlichen für die Gesamtkoordination durch ein Ingenieurbüro bestimmt. Verkehr, Parkierung für Velos und Autos, Personenflüsse, Beschilderung sind ständig im Fluss. Zudem müssen auch die zusätzlichen Baustellen, wie der Umbau der Credit Suisse und der Hauptost, berücksichtigt werden. Die Planung rund um den Bahnhof muss ständig aktualisiert werden. 200'000 Franken sind eingesetzt um an 4 Stellen eine grosse Anzahl Veloabstellplätze zur Verfügung zu stellen. Wie das technisch und logistisch gelöst werden kann, soll die Planung zeigen. 230'000 Franken sind für die zeitgerechte Realisierung vorgesehen. Die Projektleitung muss teilweise situativ und rasch handeln können, dazu braucht sie die notwendigen Mittel. Beispiele für eine zeitgerechte Realisierung sind die Neugestaltung des Knotens an der Schützenstrasse oder die Bereitstellung von Veloparkplätzen. F. Landolt zeigt auf, wie die Beträge abgerechnet werden. Öffentlichkeitsarbeit und Gesamtleitung Masterplan Stadtraum Bahnhof werden unter der Kontonummer 11'405 verbucht. Jede Rechnung wird dabei einem Bereich zugeordnet – Öffentlichkeitsarbeit, Gesamtleitung und zeitgerechte Realisierung. In der BBK wurde der Kredit einstimmig befürwortet. Die SP stimmt dem Kredit ebenfalls zu. Die Gesamtleitung ist sehr schlank und trägt sehr viel Verantwortung. Sie braucht die notwendigen Mittel, damit sie handeln kann.

M. Wackerlin (GLP/PP): Dieser Kredit bewilligt einige Ausgaben für die zweite Etappe von 2013 bis 2016 der Grossbaustelle am Hauptbahnhof. Grundsätzlich haben die Stimmberechtigten zugestimmt, die Arbeiten sind am laufen, es macht wenig Sinn, den Kredit nicht zu sprechen. Im Detail aber fällt auf, dass der Kredit einen erheblichen Betrag für Öffentlichkeitsarbeit beinhaltet. Zwar ist es wichtig, dass die Bevölkerung informiert wird. Angesichts der Tatsache aber, dass das Gesamtprojekt in einer Volksabstimmung gutgeheissen wurde,

stellt sich schon die Frage, ob nochmals soviel Geld für Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben werden soll, nämlich 370'000 Franken auf diese vier Jahre verteilt. Die Stadtkasse ist notorisch knapp, 2013 muss laut Voranschlag auf Lohnmassnahmen beim Personal verzichtet werden, um gerade mal eben heraus zu kommen, und das in einem Steuerjahr, wo die Stadt zusätzliche ausserordentliche Einnahmen in Höhe von zwanzig Millionen erwartet. Statt eine Null zu schreiben, müsste die Stadt diese zwanzig Millionen auf die Seite legen können. Manche mögen einwenden, dass es sich hier mit «nur» ein paar hunderttausend Franken um einen kleinen Betrag handelt. Diese mögen doch bitte die Budgetposten nennen, wo eine Mehrheit für grössere Einsparungen gefunden werden kann. Grosse Beträge setzen sich aus vielen kleinen zusammen. Sparen ist eine Kleinarbeit, wo jeder Posten einbezogen werden muss. Nur wenn an vielen kleinen Orten gespart wird, bekommt man die Finanzen wieder in den Griff. Es ist die Verantwortung des Gemeinderats, das Budget zu genehmigen und das Budget im Rahmen zu halten. Der Gemeinderat muss sich bewusst sein, dass jede Ausgabe, die er im Ratssaal beschliesst mit Verzögerung im nächsten Budget auftaucht und dann viel schwerer wieder zu korrigieren ist. Bei jeder Vorlage muss das Ganze im Auge behalten werden, zumal der Stadt noch immer eine umfassende langfristige Investitionsplanung mit Priorisierung fehlt.

Bei der Öffentlichkeitsarbeit in dieser Weisung fällt vor allem der grösste Posten auf: Die Stadt mietet einen Ausstellungsraum für 140'000 Franken, das sind 35'000 Franken im Jahr oder fast dreitausend Franken im Monat. Nur wenige können sich eine so teure Wohnung leisten. Damit wird die Stadt selbst zur Kostentreiberin im Immobilienmarkt. Dieser Ausstellungsraum soll gekündigt werden. Stattdessen soll die Stadt die Ausstellung reduzieren und einen Baucontainer dafür aufstellen. 40'000 Franken reichen dafür aus. Daraus ergibt sich ein erster Kürzungsantrag in der Höhe von 100'000 Franken für den Ausstellungsraum. Auch bei den anderen Posten kann gespart werden. 20'000 Franken für eine Internetseite ist ein Fantasiepreis. Auch bei Kosten für Einweihungen und Drucksachen, Layout und Grafik kann man sich zurückhalten. Insgesamt schlägt M. Wäckerlin vor, hier nochmals 50'000 Franken zu reduzieren, so dass er eine Kürzung von 150'000 Franken im Bereich Öffentlichkeitsarbeit beantragt. M. Wäckerlin schlägt vor 2 Anträge zu stellen: 1. Einsparung von 100'000 Franken Mietkosten für den Ausstellungsraum zu Gunsten eines Baucontainers. 2. Einsparung von 50'000 Franken bei den übrigen Massnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit. Die beiden Anträge sind kumulierbar.

M. Baumberger (CVP) dankt für die gute Präsentation in der Kommission. Das Ganze ist eine relativ schlüssige Geschichte und wird vom zuständigen städtischen Mitarbeiter gut geführt. Die CVP ist überrascht über die sehr kurzfristigen und unangekündigten Anträge der Piratenpartei. Was den Ausstellungsraum anbelangt, ist der Vorschlag nicht sinnvoll, weil es sich um eine interne Verrechnung handelt. Deshalb ist es nicht gut möglich den Ausstellungsraum durch einen Container zu ersetzen. Über den zweiten Antrag könnte man diskutieren. Er wurde aber sehr kurzfristig eingereicht. Grundsätzlich ist klar, dass man vielleicht etwas einsparen könnte. Ob jetzt der richtige Moment dafür ist, muss M. Baumberger den Ratsmitgliedern überlassen. Grundsätzlich ist das Gesamtprojekt, das die Stadt aufgegleist hat, zu begrüssen.

D. Schneider (FDP): Schliesst sich dem Vorredner an. In der BBK wurde über die hohen Kosten gesprochen. Man hat festgestellt, dass die Kosten im Bereich Öffentlichkeitsarbeit nicht einfach nachzuvollziehen sind. Die FDP ist der Meinung, dass eine Reduktion von 100'000 Franken, allein dadurch, dass ein Container aufgestellt wird, nicht möglich ist. Um ein Zeichen zu setzen wird die FDP dem Antrag 2, Einsparung von 50'000 Franken bei den übrigen Massnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit, zustimmen. Es ist vertretbar, dass ein Zeichen gesetzt und versucht wird die Kosten etwas zu reduzieren. Die FDP wird dem Antrag 1 nicht zustimmen, dem Antrag 2 wird sie zustimmen.

B. Meier (GLP/PP) spricht im Namen der Grünliberalen. Es ist stimmig, dass die Tranche von 800'000 Franken zu diesem Zeitpunkt und mit diesem Inhalt beantragt wird. Die Grünliberalen sind ebenfalls der Meinung, dass der Anteil für die Öffentlichkeitsarbeit eher an der

Grenze zur Üppigkeit liegt, aber er überschreitet die Grenze nicht. Es wurde gesagt, dass im Wesentlichen die Miete des Kellerraums ein Nullsummenspiel ist innerhalb der Stadtverwaltung. Diese Kosten könnten zwar nach unten korrigiert werden, das würde aber nichts bringen. Eine alternative Verwendung dieses Kellerraums ohne Tageslicht ist zur Linderung der Wohnungsnot nicht geeignet. Weiterhin kann man sagen, dass das Signal beim Stadtrat angekommen ist. Die Öffentlichkeitsarbeit soll sich darauf konzentrieren, die breite Akzeptanz des Projekts zu fördern. Das ist das ausschlaggebende Argument, um Geld für die Öffentlichkeitsarbeit einzusetzen. Wenn dank einer guten Information der Betroffenen Goodwill geschaffen werden kann und dadurch Einsparungen oder Rekurse verhindert werden können, hat die Stadt auf der Zeitachse und im Budget mehr gewonnen, als man für die Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben hat. Das ist auch das Hauptkriterium an dem der Stadtrat die Ausgaben messen muss. Es ist nicht zwingend, dass dieser Teil des Budgets bis zum letzten Franken ausgeschöpft wird. Die Grünliberalen stimmen dem Kredit zu und lehnen die Kürzungsanträge ab.

L. Banholzer (EVP): Man kann in diesem Zusammenhang berücksichtigen, dass der letzte Kredit über 600'000 Franken der bis 2011 gesprochen wurde, ein Jahr länger ausgereicht hat. Das heisst, dass der Betrag von 800'000 Franken bis 2016 nicht unbedingt aufgebraucht sein muss. Es ist deshalb etwas spitzfindig, wenn jetzt gekürzt wird. Der EVP ist eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit wichtig, damit die Bevölkerung informiert ist. Aus diesem Grund wird die EVP den Kürzungsanträgen nicht zustimmen.

F. Landolt (SP): Die Projektleitung hat bewiesen, dass sie das Geld nicht einfach ausgibt. Der Kredit von 600'000 Franken hat ein Jahr länger gereicht als geplant. Eine Kürzung wäre eine Augenwischerei, weil nicht weniger Geld benötigt würde.

J. Altwegg (Grüne/AL): Es wäre vorteilhaft gewesen, wenn die Anträge früher gestellt worden wären, dann hätte man darüber diskutieren können. Es gibt eine gewisse Sympathie für den Vorschlag einen Baucontainer aufzustellen. Eine Verlegung des Ausstellungsraums ist trotzdem nicht zielführend. Die Ausstellung besteht seit längerem und erfreut sich grosser Beliebtheit. B. Meier hat praktisch alles erwähnt. Über die Ausgaben wurde intensiv diskutiert. Die Öffentlichkeitsarbeit ist ein wichtiger Teil des Projekts. Die Bevölkerung wurde sehr gut informiert. Das ist wichtig, deshalb dürfen die Ausgaben nicht einfach zusammengestrichen werden. Die Grüne/AL-Fraktion wird die Kürzungsanträge nicht unterstützen.

W. Langhard (SVP): Der Kredit wurde mit 9 zu 0 Stimmen in der BBK gutgeheissen. Die Fraktionsmitglieder haben die Kürzungsanträge kurz diskutiert. Es ist schade, dass diese Anträge nicht früher gestellt worden sind, dann hätte in aller Ruhe darüber diskutiert werden können. Die SVP wird dem Kredit von 800'000 Franken zustimmen. Sie empfiehlt aber dem Stadtrat zu sparen. Diese Zustimmung bedeutet nicht, dass die 800'000 Franken völlig aufgebraucht werden müssen. Man kann auch damit rechnen, dass gegen Ende der Bauzeit nicht mehr soviel Geld für Öffentlichkeitsarbeit benötigt wird. W. Langhard kann sich vorstellen, dass in der zweiten Phase nicht mehr so viel Geld benötigt wird. Die SVP wird dem Kredit zustimmen.

Stadträtin P. Pedernana: Vor allem zwei Punkte haben zu Diskussionen geführt, zum einen die Miete für den Ausstellungsraum. Im Protokoll der BBK ist festgehalten, dass der Quadratmeterpreis intern in der Stadtverwaltung geregelt ist. Im Normalfall entspricht das etwa dem Marktwert. Der Kellerraum würde aber kaum von einem anderen Mieter zu diesem Preis gemietet. Weil der Betrag lediglich von der linken Hosentasche in die rechte wandert, hat man den Preis belassen und keine spezielle Regelung ausgearbeitet. Man hat den Standard Mietzins eingesetzt. Das ist in der Weisung ausgewiesen. Der andere Punkt, der speziell zu reden gibt, ist die Öffentlichkeitsarbeit. Stadträtin P. Pedernana möchte die Ratsmitglieder ermuntern, sich zu überlegen, was passiert wäre, wenn an der Öffentlichkeitsarbeit gespart worden wäre. Es hätte ein Chaos gegeben, in dem Moment als von einem Tag zum anderen alle Buslinien umgestellt wurden und eine Bushaltestelle an die Rudolfstrasse ver-

legt wurde. Die Umsteigebeziehungen wurden plötzlich geändert. Trotzdem hat alles funktioniert. Der Zugang zum Untertor ist den Gewerbetreibenden am Untertor enorm wichtig. Dieser Zugang ist offenbar gut signalisiert und die Leute finden den Weg. Stadträtin P. Pedergnana erhält keine Reklamationen aufgrund mangelnder Frequenzen. Der Kredit ist für 4 Jahre gedacht. Wenn die Ratsmitglieder den Stadtrat ermahnen zu sparen, ist das ihr Recht. Eine so schlanke Projektorganisation, wie in diesem Riesenprojekt, ist selten zu finden. Die Leitung ist mit einem höchst kompetenten Mann besetzt. Es ist mit einem gewissen Risiko verbunden, das Projekt mit einer so schlanken Organisation durchzuziehen. Das ist der grösste Sparbeitrag, den die Stadt im Rahmen dieses Projekts im Moment leistet

Rastpräsident J. Lisibach stellt fest, dass zwei Anträge vorliegen.

M. Wäckerlin (GLP/PP) zieht den Antrag 1 zurück, weil keine Unterstützung zu erwarten ist. Den Antrag 2, Einsparung von 50'000 Franken bei den übrigen Massnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit, wird aufrechterhalten.

Rastpräsident J. Lisibach lässt über den Antrag 2 abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag mit deutlicher Mehrheit ab. Damit ist der Kredit von 800'000 Franken angenommen. Das Geschäft 2012/096 ist damit erledigt.

7. und 8. Traktandum

GGR-Nr. 2012/091: Kredit von Fr. 600'000.-- für einen Fuss- und Veloweg «Rund um Winterthur» und

GGR-Nr. 2011/008: Beantwortung der Interpellation E. Wettstein (SP) betreffend Rund um Winterthur

D. Schneider (FDP): Der Stadtrat stellt einen Kreditantrag in der Höhe von 600'000 Franken zulasten der Investitionsrechnung für einen Fuss- und Veloweg „Rund um Winterthur“ im Rahmen des Stadtjubiläums, 750 Jahre Winterthur im Jahr 2014. Der Landbote hat eine schöne Karte abgedruckt, die fast übersichtlicher ist, als diejenige in der Weisung. Mit auf dem Bild ist auch der Kopf des geistigen Vaters dieser Vorlage, E. Wettstein (SP). Auf der Karte ist der geplante Fussweg rot eingezeichnet. Die blauen Passagen, bezeichnen eine Alternativroute für Velofahrende. Deshalb heisst der Weg Rundweg und nicht Fuss- und Wanderweg. Die Projektidee wurde durch eine Interpellation von E. Wettstein ausgelöst. Der Rundweg soll ein Teil der 750 Jahr Feier sein. Die Linienführung soll möglichst auf der Stadtgrenze verlaufen. Das ist nicht immer möglich, Kompromisse sind notwendig. Die Idee ist, dass die Stadt auf diesem Weg umrundet werden kann. Ein wichtiger Punkt ist die Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Von diesem Weg aus sollen die öffentlichen Verkehrsmittel immer wieder erreichbar sein. Der Weg ist 67 km lang. Die bestehenden Wege sollen genutzt und durch Übergänge verbunden werden. Auch der Umwelt wird Rechnung getragen. Die Ausstattung des Wanderweges ist wichtig. T. Leemann (FDP) ist Mitglied einer Flurgenossenschaft. Er hat darauf hingewiesen, dass dieser Weg nicht mit einem festen Belag versehen werden soll. Die Familienfreundlichkeit wird in den Vordergrund gestellt. Teilweise ist der Weg Kinderwagen- und Rollstuhlgängig. Die Zusammenarbeit mit den Zürcher Wanderwegen ist gegeben und wichtig.

Kosten: Geplant sind 770 Wegweiser, diverse Informationstafeln und 20 Sitzbänke zudem sollen die Signalisation und die Markierungen angepasst. Die Feuerstellen sollen ergänzt werden. Die Kosten für die baulichen Massnahmen für 67 km Weg sind überschaubar. Insgesamt sind für bauliche und signalisationstechnische Massnahmen 415'000 Franken budgetiert. Projektierung, Bauleitung, Kommunikation, Pläne und Karten, Internetauftritt etc. werden ca. 152'000 Franken kosten. Einige Zahlen weichen leicht von der Weisung ab. Das hat mit der Projektstudie zu tun. Total wird der Fuss- und Veloweg 600'000 Franken kosten. Im Jahr 2012 sind 60'000 Franken ins Budget eingestellt und 2013 sind es 90'000 Franken,

der Restbetrag ist für das Jahr 2014 vorgesehen. Die Aufnahme in den Richtplan wird angestrebt. Das ist eine Voraussetzung damit sich der Kanton an den Kosten beteiligen kann. Für den Weg Rund um Winterthur ist auch eine Ausbauvariante angedacht, die aber kein Bestandteil dieses Geschäfts ist. D. Schneider findet den Fuss- und Veloweg im Hinblick auf das Jubiläumsjahr eine gute Idee. Er wird der Bevölkerung zugute kommen. Zu beachten sind die intensiven Verhandlungen mit den Grundeigentümern, den Flurweggenossenschaften. Einige Punkte müssen beachtet werden. Aufgrund der Zusatznutzung können die Eigentümer mehr Geld von der Stadt verlangen. Das wird sich in den Kosten niederschlagen. Konflikte zwischen Fussgängern und Velofahrern müssen mit Beschilderungen und Alternativrouten vermieden werden. Die Nutzung des Weges nach 2014 muss ebenfalls in die Überlegungen einbezogen werden. In der BBK wurde darüber diskutiert. Es gibt bereits einen Weg, der aus Anlass der Feier „700 Jahre Eidgenossenschaft“ geschaffen wurde. Von diesem Projekt sollen noch Tafeln im Wald liegen. Das ist kein gutes Omen für eine langfristige Nutzung des Weges und es stellt sich die Frage, wie es nach 2014 weitergehen soll. Der Wartungsaufwand wird recht hoch sein, weil es sich um eine lange Strecke handelt. Zudem ist eine Kooperation mit den Forstämtern notwendig, damit die Wartung effizient gestaltet werden kann. D. Schneider vermisst auf der Karte Hinweise auf Restaurants. Die Restaurants in der Umgebung von Winterthur sind nicht auf Rosen gebettet. Deshalb sollten sie in den Rundweg eingebunden werden. Der Weg rund um Winterthur ist eine gelungene Sache. Die FDP unterstützt dieses Projekt.

E. Wettstein (SP) dankt im Namen der SP für die gute Interpellationsantwort. Er war noch nie so zufrieden mit einer Antwort des Stadtrates. E. Wettstein hat die Probe aufs Exempel gemacht und die Stadt zu Fuss und mit dem Velo umrundet und kann das nur weiterempfehlen. Es ist ein Erlebnis der besonderen Art. In den Herbstferien war E. Wettstein gegen 15 Stunden unterwegs. Man kommt auch in drei Etappen auf der Grenze zum Teil an die eigenen Grenzen. Vor allem wenn die Restaurants an der Strecke Wirtesonntag haben. Diverse Restaurants befinden sich an dieser Strecke zum Beispiel der Frohsinn in Eidberg oder die Mörsburg. Der Stadtrat will die bestehenden Wege zusammenhängen, sodass ein abwechslungsreicher Rundweg entsteht. Man kommt an ganz unterschiedlichen Orten vorbei und fragt sich öfter, ob diese noch zu Winterthur gehören. Ein Weg für die Bevölkerung, ein Weg für das Jubiläum. E. Wettstein hat sehr viele positive Rückmeldungen erhalten. Bemerkungen wie: „Du bist doch der mit dem Weg“ oder „deinen Weg finde ich super“. E. Wettstein möchte aber festhalten; es ist nicht sein Weg, sondern ein Weg für die ganze Bevölkerung. Ein nachhaltiges Geschenk für alle. E. Wettstein bedankt sich beim Bauamt, vor allem bei Dominik Ramp, für die Umsetzung und für die genauen Karten und beim Sportamt für das Marketing, denn ohne Vermarktung weiss niemand wie schön es ist, die Stadt zu umrunden. E. Wettstein dankt für die gute Antwort.

R. Keller (SVP) hat persönlich nichts gegen diesen Weg. Er war selber auf dem Weg und hat dabei fast 800 km gemacht – allerdings nicht in Winterthur. Es ist sicher etwas Schönes. Wandern ist sehr beliebt. Ob die Leute speziell auf diesem Weg wandern und Velo fahren werden, ist zu bezweifeln. Rings um Winterthur gibt es viele Wege. Die Stadt ist bereits von Wegen umschlossen, auf denen man sehr gut wandern kann. Das ist etwas Wunderschönes. Das Vorgehen des Stadtrates ist zudem nicht ganz fair. E. Wettstein hat am 24. Januar 2011 im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten einen Antrag gestellt. Mitte Jahr hat der Stadtrat einen Kreditantrag für die Feierlichkeiten vorgelegt. Der Betrag, der für diesen Weg gesprochen werden soll, ist ein Zusatzkredit zu dem Kredit, der bereits vom Gemeinderat gutgeheissen wurde. Aus diesem Grund lehnt R. Keller das Geschäft ab. Dieser Weg müsste aus dem Kredit für die Feierlichkeiten finanziert werden und nicht erneut durch die Stadtkasse. R. Keller hofft auf Unterstützung für seinen Ablehnungsantrag.

L. Banholzer (EVP): Der Weg rund um Winterthur ist eine gute Sache. Es ist zu begrüßen, dass aufgrund der Interpellation eine Kreditvorlage vorliegt, damit der Weg bis zu den Feierlichkeiten fertig erstellt werden kann. Auch wenn kaum jemand die 67 km an einem Stück absolvieren wird, gibt es doch viele attraktive Etappen, die verschiedensten Bedürfnissen

gerecht werden. Wichtig ist, dass das Nebeneinander von Fussgängern und Velofahrenden genau geprüft wird, damit man sich nicht in die Quere kommt und Konflikte möglichst ausgeschlossen werden können. Auch die geplanten Informationstafeln sind ein Mehrwert, wenn sie kurz und prägnant historische, geografische oder andere Informationen vermitteln. Die EVP begrüsst dieses Projekt. Es handelt sich um ein geeignetes Jubiläumsgeschenk der Stadt an die Bewohnerinnen und Bewohner, weil es nicht wie ein Feuerwerk verpufft oder wie ein Theater Ende Jahr fertig ist, sondern über das Jahr 2014 hinaus Bestand hat. Die EVP stimmt dem Kreditantrag zu und lehnt den Antrag von R. Keller ab.

J. Altwegg (Grüne/AL): Auch die Grüne/AL-Fraktion hat kurz geschluckt. Der Betrag von 600'000 Franken für einen Weg ist recht hoch. Mit 67 km ist er jedoch um einiges länger als der „teuerste Veloweg der Welt“ – J. Altwegg zitiert die SVP. Dieser Weg war ähnlich teuer aber viel kürzer. Mit dem Rundweg wird ein nachhaltiger Wert geschaffen, das ist eine gute Sache. Der Weg dürfte Jahre nach den Jubiläumsfeierlichkeiten im Jahr 2014 Bestand haben. Auch kommende Generationen können sich an diesem Weg erfreuen, der es möglich macht, zu erleben, wie gross Winterthur ist. Die Grüne/AL-Fraktion wünscht sich, dass der Weg über das Jahr 2014 hinaus gepflegt wird. Es muss darauf geachtet werden, dass die Informationstafeln stehen bleiben und lesbar sind. Diesen Input hat der Stadtrat aber bereits aus der BBK entgegengenommen. Es wäre schade, wenn der Kredit heute abgelehnt würde. Für die Planung wurde bereits ziemlich viel Geld ausgegeben. Der Stadtrat hat mit der Weisung einen guten und genauen Plan geliefert. Das hat bereits einen recht hohen Aufwand verursacht. Es wäre bedauerlich, wenn diese Investition in den Sand gesetzt würde. In diesem Sinn stimmt die Grüne/AL-Fraktion dem Kredit zu.

B. Meier (GLP/PP): Die Grünliberalen gehen nicht davon aus, dass es dem Interpellanten darum geht, die Winterthurer an ihre Grenzen zu bringen oder die Limite der Gemeinde auszuloten. In diesem Sinne sind die Grünliberalen an dieses Projekt herangegangen. Der Weg ist eine sehr gute Idee, dazu gratulieren die Grünliberalen E. Wettstein. Der Weg kann die Identifikation mit Winterthur erhöhen und stärken und kann mehr Leute dazu bringen, die Qualitäten der Stadt Winterthur und ihrer Umgebung auszuloten. Die gute Idee hat eine gute und pragmatische Umsetzung mit Augenmass gefunden – auch im Hinblick auf die Folgekosten. Man hat richtigerweise das Wünschbare vom Zentralen unterschieden und das Ausbaupotential, zum Beispiel mit teureren Bauten, auf später verschoben. Der Ausbau wurde lediglich grob identifiziert. Die Grünliberalen stehen hinter diesem Kredit. Es ist abzuwarten wie sich Winterthur insgesamt entwickelt. Falls einmal über Steuersenkungen diskutiert werden kann, dann kann auch das Ausbaupotential des Weges rund um Winterthur erneut angeschaut werden.

Z. Dähler (EDU): Im Antrag ist von 15 zusätzlichen Bänken und 3 zusätzlichen Feuerstellen die Rede. D. Schneider (FDP) hat in seinem Votum von 20 Bänken und 4 Feuerstellen gesprochen. Die Frage ist, worüber letztendlich abgestimmt wird. Z. Dähler möchte anregen, dass für die Bänke und die Feuerstellen Sponsoren gesucht werden. Die Stadt muss sparen und auch kleine Sparbeiträge sind wichtig. Ein gutes Beispiel sind die Feuerstellen die von der Schweizer Familie gesponsert werden. Entsprechend könnte die Stadt einen Teil der Kosten einsparen.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Ein geschlossener Fuss- und Veloweg entlang der Stadtgrenzen von Winterthur ist eine gute und interessante Idee. Für 600'000 Franken sollten bestehende Wege und Strecken ausgebaut, ergänzt und beschildert werden. Der Stadtrat hat eine gute, sparsame Vorlage erarbeitet. Leider kommt sie zum falschen Zeitpunkt. Die Stadt kann sich momentan keine Ausgaben leisten, die nicht zwingend notwendig sind, der Stadt einen echten Mehrwert bieten oder langfristig rentieren. M. Wäckerlin erspart sich das Votum, das er bereits in Bezug auf das Budget gehalten hat und das auch hier gilt. Die Idee könnte von der Planungskommission des Stadtfests aufgegriffen werden. Diese verfügt über ein Budget von 4,8 Mio. Franken, von denen die Stadt bereits 1,5 Millionen aufbringt. Im Rahmen dieses

Budgets wäre die Idee realisierbar. Aber nochmals 600'000 Franken zusätzlich zu bewilligen wäre verantwortungslos dem Steuerzahler gegenüber.

Ch. Magnusson (FDP): Die Position der FDP hat D. Schneider bereits bekannt gegeben. Jetzt will sich Ch. Magnusson zum Ablehnungsantrag der SVP äussern. Einerseits ist die FDP ebenfalls der Meinung, dass für das Stadtfest bereits ein anständiger Kredit gesprochen wurde. Jetzt sollen 600'000 Franken investiert werden, um bestehende Wege auszuschildern und einige Bänke und Feuerstellen aufzustellen. Die Stadt muss überall sparen, deshalb kann man diese Ausgaben durchaus zwiespältig betrachten. Auf der anderen Seite handelt es sich um ein nachhaltiges, langfristiges und sinnvolles Projekt, durch das letztendlich wieder Geld eingespart werden kann, weil die allgemeine Volksgesundheit verbessert wird. Ausserdem wurde der Antrag viel zu kurzfristig gestellt. Die FDP hat vor einigen Zeit genau aus diesem Grund ziemlich einstecke müssen und will das jetzt der SVP zurückgeben. Der Gemeinderat hatte keine Zeit sich mit dem Ablehnungsantrag auseinanderzusetzen. Es ist absolut unmöglich sich in der Fraktion so kurzfristig eine Meinung zu bilden. Als der Pirat heute kurzfristig einen Antrag eingebracht hat, wurde ersichtlich, dass es nicht möglich ist, im Rat eine entsprechende Diskussion zu führen. Es geht darum, dass die Meinungen in der Fraktion vorbesprochen und im Rat vorgetragen werden. In diesem Sinne wird die FDP-Fraktion den Antrag auf Streichung ablehnen müssen. Sie hofft auf allgemeine Zustimmung zum Kredit von 600'000 Franken.

W. Schurter (CVP): Die CVP-Fraktion unterstützt den Kreditantrag des Stadtrates und lehnt somit den Antrag der SVP ab. Sie dankt dem Stadtrat für die positive Interpellationsantwort. Natürlich hat auch die CVP über den Betrag von 600'000 Franken gestutzt. Bereits anlässlich der 700 Jahr Feier der Eidgenossenschaft wurde ein Weg rund um die Stadt erstellt. Jetzt müssen noch einige Tafeln aufgestellt und die Wege etwas ausgebessert werden. Die CVP hat aber festgestellt, dass der Stadtrat keinen Luxusweg plant. Weitergehende Ausbauten würden 2 Millionen kosten. Die 600'000 Franken sind ein Obergrenze. In der Interpellationsantwort steht, dass allenfalls als Kommunikationsmittel eine Applikation eingesetzt werden soll. Das wäre sinnvoll, vor allem für die jüngere Generation. Vielleicht kann eine Scanfunktion an den Tafeln angebracht werden, damit die Jungen die entsprechende Datei herunterladen können. W. Schurter bittet den Stadtrat diese Idee weiterzuverfolgen.

Ch. Ulrich (SP): Tatsächlich kann man bemängeln, dass der Kredit für das Stadtfest bereits bewilligt ist. Als er gesprochen wurde, waren noch keine konkreten Pläne bekannt. Das Budget für die 750 Jahr Feier hält sich aber in einem vernünftigen Rahmen. Es beträgt nicht 4,8 Millionen sondern 1,5 Millionen. der grösste Teil muss durch Einnahmen finanziert werden. Das ist ein Unterschied, vor allem aus Sicht des Steuerzahlers. Für den Weg rund um Winterthur sollen 600'000 Franken zulasten der Investitionsrechnung gesprochen werden. Das ergibt laufende Kosten, gemäss Abschreibungspraxis, von 83'500 Franken. Pro Einwohner sind das ca. 80 Rappen pro Jahr. Ch. Ulrich erscheint dieser Betrag in einem vernünftigen Rahmen. Als Sparziel für die laufende Rechnung würde mit einer Ablehnung des Kredits mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Die Verknüpfung mit dem Stadtfest ist eher zufällig. E. Wettstein schreibt in seiner Interpellation: „Das Stadtfest wäre ein würdiger Anlass um die neue Strecke einzuweihen.“ Diesen Vorschlag hat der Stadtrat aufgenommen. Der Weg ist nicht direkt an das Stadtfest gekoppelt, weil er Bestand haben wird. Deshalb ist es nicht richtig, die Kosten ins Budget für das Stadtfest, das die laufende Rechnung 2013 und 2014 belasten wird, zu packen. Der Weg soll auch in Zukunft von den Leuten genutzt werden. Mit dem Konzept wird auf Bestehendem aufgebaut, das ist eine gute Sache auch für die Wartung. Die Zusatzkosten für die Wartung werden relativ gering ausfallen, weil die Wald- und Flurwege sowieso in Stand gehalten werden müssen. Insofern handelt es sich um eine gut austarierte Geschichte. Es ist auch den Leuten gegenüber fair, die sich im Verein Stadtfest engagieren und bereits viel Zeit für die Planung investiert haben. Das Budget für das Stadtfest soll jetzt nicht reduziert werden. Der Weg soll für die Zukunft gebaut werden.

Ch. Kern (SVP) versichert Ch. Ulrich, dass niemandem etwas weggenommen wird, wenn der Betrag von 600'000 Franken nicht gesprochen wird. Die Stadt befindet sich in einer dramatischen finanziellen Situation. Es ist schade, dass weder die Finanzstadträtin noch der Stadtpräsident anwesend sind. Winterthur hat zu wenig Geld, um alle Bedürfnisse abzudecken. Den städtischen Mitarbeitern kann weder eine Lohnerhöhung noch ein Leistungsanteil ausgezahlt werden. Aber die Stadt kann 600'000 Franken ausgeben, um einen Weg zu erschliessen, der von einigen wenigen Winterthurerinnen und Winterthurern genutzt wird. Ch. Kern wird den Weg nicht nutzen. Es handelt sich um ein Wunschbedürfnis. Ch. Kern ist ebenfalls der Meinung, dass Sponsoren gefunden werden müssen, um die 600'000 Franken aufzubringen. Es handelt sich um einen Wunsch, sogar zu einem gewissen Teil um Luxus. Das liegt im Moment nicht drin. Wenn man die finanzielle Verantwortung für die Stadt Winterthur ernst nimmt, muss man diesen Kredit ablehnen. In der nächsten Budgetdebatte wird der Gemeinderat erneut um 1'000 oder 2'000 Franken streiten. Wenn man das bedenkt, sind 600'000 Franken sehr viel. Natürlich sind diese Ausgaben im Gesamtbudget ein kleiner Teil. Es sind aber immer kleine Teile, die gesprochen werden. Im Einzelnen sind die Beträge nicht hoch, im Gesamten kann sich die Stadt solche Ausgaben nicht leisten. Deshalb plädiert Ch. Kern dafür, dass dieser Kredit abgelehnt wird.

Wenn man naturverbunden ist, wird man den Weg rund um die Stadt ohne Informationstafeln finden. Ch. Kern hat mit jemandem gesprochen, der viel wandert und der ihr versichert hat, dass er den Weg nicht benutzen wird. E. Wettstein hat bereits darauf hingewiesen. Die Restaurants rund um Winterthur sind die meiste Zeit geschlossen. Irgendwo muss der Rotstift angesetzt werden, sonst werden die Ausgaben uferlos. Die Stadt wird Probleme bekommen, das zeigen die neuesten Hiobsbotschaften. Die Unterdeckung der Pensionskasse geht in die Millionen. Man kann jetzt sagen, „nobel geht die Welt zugrunde“ und die 600'000 Franken ausgeben. Die Ratsmitglieder tragen aber eine Verantwortung und müssen auf die Bremse stehen. Diese Ausgaben sind zu hoch und es braucht sie nicht. Deshalb plädiert Ch. Kern dafür, hier den Rotstift anzusetzen und die 600'000 Franken zu streichen. Dieser Betrag kann genutzt werden, um ein Projekt zu finanzieren, das der ganzen Bevölkerung zugute kommt und nicht einigen wenigen. Man hat bereits anlässlich der Feier „700 Jahre Eidgenossenschaft“ einen Weg erstellt. Ein grosser Teil davon ist zerstört worden. Die Tafeln liegen im Dreck. Der Weg wurde nicht gepflegt und es sieht tragisch aus. Vandalismus ist ein weiterer Punkt, der gegen dieses Projekt spricht. Wenn man diesen Weg wirklich in Stand halten will, muss mit hohen Folgekosten gerechnet werden. Das darf man nicht unterschätzen. Ch. Kern plädiert dafür, dass die Ratsmitglieder ihre Verantwortung wahrnehmen. Es wäre sicher schön, diesen Weg zu haben aber es geht einfach nicht.

Stadträtin P. Pedernana: Winterthur wird nur einmal 750 Jahre alt. Das ist ein guter Anlass, um die Idee von E. Wettstein zu realisieren. Diese Idee hat Begeisterung ausgelöst, sogar in der Verwaltung. Auch der Stadttingenieur M. Reifler setzt sich mit Herzblut dafür ein und hat das Projekt zur Chefsache erklärt. Die Stadt konnte ein Ingenieurbüro dafür gewinnen, das mit Winterthur sehr vertraut ist. Darum konnte mit relativ wenig Aufwand, gemeinsam mit den involvierten Personen des Vereins der Zürcher Wanderwege, dem Forstbetrieb und dem Zivilschutz, die Planung dieses Rundwegs an die Hand genommen werden.

D. Ramp, Projektleiter der Raumplanung, ist involviert, weil der Weg auch richtplanerische Bedeutung hat. Der Richtplan kann ergänzt werden. Stadträtin P. Pedernana schätzt es, dass diese Arbeit der Verwaltung heute gewürdigt wurde.

Das Budget für das Stadtfest wurde in verschiedenen Voten angesprochen. Der Stadtrat geht davon aus, dass die ca. 30 Projekte, die weiterverfolgt werden sollen, Geld einspielen werden. Das Gesamtbudget beträgt zwar 4,8 Millionen, aber 3,3 Millionen davon sollen durch Eintrittsgelder, Sponsorengelder oder Spenden finanziert werden. Die Stadt wird sich mit 1,5 Millionen beteiligen mit internen Dienstleistungen, Projektleitungen, Eigenleistungen etc. In diesem Kreditantrag wird der Rundweg zwar erwähnt. Es war aber nie die Meinung, dass der Weg aus diesen 1,5 Millionen finanziert werden soll. Der Weg wurde von einem Teil der Rednerinnen und Redner dem Wunschbedarf zugeschrieben. Das ist möglicherweise tatsächlich der Fall, aber er hat eine grosse Wirkung und führt dazu, dass die Bevölkerung

sich viel stärker mit der Stadt Winterthur, mit ihrem Wohnort verbunden fühlt. Diese Verbundenheit mit dem Wohnort darf etwas Wert sein. Es wurde angeregt, dass die Sitzbänke und Feuerstellen von Sponsoren finanziert werden sollen. Die Stadt hat die Erfahrung gemacht, dass der grösste Teil des Aufwandes von der Stadt geleistet und finanziert wird und die Sponsoren sich mit einem relativ kleinen Beitrag einen grossen Teil des Renommees holen. Das will der Stadtrat nicht unbedingt fördern. Was den Vandalismus anbelangt, kann die Stadträtin Ch. Kern insofern beruhigen, als dass der Weg relativ weit entfernt ist von den städtischen Zentren. Die Stadt wird sich zudem bemühen, den Weg in gutem Zustand zu halten. Stadträtin P. Pedergnana bittet die Ratsmitglieder, dem Kredit zuzustimmen.

Ratspräsident J. Lisibach: Zu Traktandum 8, Geschäft 2011/008, liegen keine Anträge vor, damit ist das Geschäft erledigt und wird abgeschrieben.

Zu Traktandum 7, Geschäft 2012/091, Kredit von 600'000 Franken für einen Fuss- und Veloweg „Rund um Winterthur“ liegt ein Ablehnungsantrag der SVP vor. Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Antrag abstimmen.

Der Rat bewilligt dem Kredit von 600'000 Franken.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2011/100: Begründung des Postulats M. Wenger (FDP), A. Steiner (GLP) und M. Wäckerlin (PP) betreffend Entwicklung der Wegzeiten pro Transportart

M. Wenger (FDP): Im städtischen Gesamtverkehrskonzept werden Richtlinien, Schwerpunkte und Massnahmen definiert, die den Verkehr in Winterthur bis 2030 steuern und regulieren sollen. Dafür wird die Stadt dutzende Millionen investieren. Geschieht das mit dem Glauben, dass damit alles gut wird? Wie immer bei Verkehrsthemen sind an der letzten Ratssitzung die Emotionen mächtig hoch gekocht. Für vernünftige Entscheide braucht es, neben gesunden Emotionen, vor allem Fakten über die Veränderung von Wegzeiten. Der Stadtrat muss wissen, welche Wirkung die Massnahmen aus dem Verkehrskonzept erzielen. Wenn bekannt ist, wie sich die Wegzeiten verändern, können die einzelnen Massnahmen beurteilt werden und es kann auf Fehlentwicklungen reagiert werden. Wahrscheinlich haben sich die Ratsmitglieder auch heute überlegt, wann sie von zu Hause wegfahren müssen, um pünktlich den Ratssaal zu erreichen. Es ist allen bekannt, dass, wenn die Sitzung um 08.30 angesetzt wäre oder abends nach 17.00 Uhr, mehr Zeit eingerechnet werden müsste. Google findet die Wegzeiten ebenfalls wichtig. Die durchschnittlichen Wegzeiten für Fussgänger, Velofahrer, Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel oder Autofahrer können weltweit, also auch in Winterthur, relativ einfach berechnet werden. Die Kosten dieser Erhebung werden damit relativ gering sein. Die Plausibilisierung ist via Google sogar gratis. Diese wichtige Arbeit sollte für das Verkehrskonzept geleistet werden. M. Wenger bittet die Ratsmitglieder, der Überweisung des Postulats zuzustimmen und dankt für die Unterstützung.

A. Steiner (GLP/PP): Eigentlich sollte es selbstverständlich sein, wenn man Massnahmen im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts trifft, müssen diese sporadisch überprüft werden. A. Steiner geht davon aus, dass entsprechende Massnahmen bereits aufgegleist sind. Aber auch hier braucht es eine vorzeitige Planung, wann, wie, was gemessen werden soll damit eine sinnvolle Überprüfung möglich ist. In diesem Sinne ist die Entwicklung der Wegzeiten ein Element, das in die Planung aufgenommen werden muss. Die GLP/PP-Fraktion unterstützt das Postulat.

R. Diener (Grüne/AL) kann diese Ansicht nicht teilen. Im Bus wird dafür geworben, dass man eine Station früher aussteigen und zu Fuss gehen soll. Damit wird der Weg verlängert. Es wird für die Benutzung des Velos geworben, um gesund zu bleiben und die Luft rein zu halten. Ist die Tatsache, ob man mit dem Velo schneller oder weniger schnell ist, relevant?

Ist die Wegzeit, die ein einzelner für eine bestimmte Strecke benötigt, ein relevanter Faktor? Das muss R. Diener vehement verneinen. Es ist nicht von Belang. Entscheidend ist die Transporteffizienz auf den Hauptkorridoren. Alles andere interessiert R. Diener nicht. Das ist Privatsache und eine Sache der Gesundheit und der Einschätzung des Einzelnen. Der Ansatz, der mit dem Postulat verfolgt wird, ist falsch. Richtig wäre es, die Verlustzeiten des Busses auf den Hauptstrecken festzustellen. Vielleicht könnte man das noch erweitern und prüfen wie stark der Veloverkehr bei einem Stau auf den Hauptstrecken behindert wird. Die Wegzeiten der einzelnen Personen von A nach B sind sekundär. Sie sind abhängig von den individuellen Bedürfnissen und den Rahmenbedingungen. R. Diener bittet die Ratsmitglieder, das Postulat abzulehnen. Die Grüne/AL-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag.

Ch. Ulrich (SP): Es kommt nicht oft vor, aber manchmal stimmt Ch. Ulrich der Ratskollegin von der SVP zu. In ihrem Votum hat sie gesagt: Es wäre schön, den Weg Rund um Winterthur zu haben aber er ist nicht unbedingt nötig. Dieses Postulat ist nicht ungedingt nötig. R. Diener hat es bereits angesprochen. Der relevante Faktor für den Verkehr ist nicht die Zeit, die ein Individuum benötigt, sondern die Frage, wie viele Personen in einer bestimmten Zeit einen bestimmten Korridor passieren können. Das ist die Herausforderung. Die räumlichen Ressourcen sind beschränkt. Viele Leute bewegen sich in diesen Räumen. Deren Nutzung muss optimiert werden. Das ist der Paradigmawechsel im städtischen Gesamverkehrskonzept. Die Kapazitäten müssen überprüft werden nicht die Zeit, die ein Individuum benötigt. Das ist bis zu einem gewissen Grad irrelevant. Falls diese Daten erhoben werden sollten, dann dort wo sie benötigt werden und nicht flächendeckend. Für die Politik ist es kaum relevant, wie lange jemand benötigt um von Wülflingen nach Töss zu gelangen, weil diese Strecke für die Stadt nicht wichtig ist, wenn es zum Beispiel um die Erschliessungstrasse in Neuhegi geht. Wichtig ist, dass die relevanten Informationen, die als Entscheidungsgrundlage für städtische Projekte benötigt werden, vorhanden sind. Alles andere entspricht dem berühmten Giesskannenprinzip. Die FDP ist bekanntlich kein Freund davon, dass einfach flächendeckend etwas erhoben wird. Schliesslich sind diese Erhebungen nicht gratis. Aus diesem Grund plädiert Ch. Ulrich dafür, dass die Informationen dann eingeholt werden, wenn benötigt werden. Die SP stellt den Anspruch an die Stadtregierung, dass sie die entsprechenden Entscheidungsgrundlagen jeweils zur Verfügung stellt. Schlussendlich bezweifelt Ch. Ulrich, dass der Indikator, der mit diesem Postulat gefragt ist, zielführend ist.

D. Oswald (SVP): Die Wegzeiten sind nicht irrelevant. Für Handwerker sind sie sogar sehr relevant. Es kommt darauf an, wie viel Zeit ein Servicemonteur für den Weg benötigt. Die Kundinnen und Kunden müssen die Wegzeiten bezahlen. Es ist aber so, dass es für den Pendler, wenn er den Bus benutzt, nicht sehr relevant ist, ob er von Hegi bis zum Hauptbahnhof 10 Minuten benötigt oder 15 Minuten, wichtig ist, dass er den Anschluss erreicht. Was zählt, ist die Zuverlässigkeit des ÖV. Aus dieser Sicht hat sich die SVP-Fraktion gut überlegt, ob es sinnvoll ist, die Entwicklung der Wegzeiten pro Transportmittel zu ermitteln. Sie ist zu folgendem Schluss gekommen: Über alle Positionen und Parteigrenzen hinweg sind sich alle einig, dass die Verkehrsinfrastruktur der Stadt Winterthur an ihre Grenzen stösst – vor allem in Spitzenzeiten. Es braucht nicht viel bis das System kippt und ein Stau entsteht. Der grosse Graben zwischen den Parteien liegt in der Lösung des Problems. Hier wird eine Grundsatzdebatte geführt. Die einen setzen auf Verlagerung und die anderen möchten die Infrastruktur ausbauen. Die SVP ist überzeugt, auch wenn alle 4 Jahre die Wegzeiten ermittelt werden, bringt das die Grundsatzdebatte nicht weiter. Deshalb soll das Geld eingespart werden. Die Ermittlungen wären sehr kostenintensiv. Auf diese Aufwendungen soll verzichtet werden. Es ist bekannt, wo die Probleme liegen. Die Infrastruktur hat teilweise die Kapazitätsgrenzen erreicht. Die Lösung dieses Problem ist eine Frage der Überzeugung und nicht von einzelnen Statistiken. Die Wegzeiten sind in der Verkehrsplanung kein üblicher Parameter und könnten in eine übergeordnete Statistik nicht aufgenommen werden. Von daher macht das keinen Sinn. Einzig im Rahmen der Volkszählung werden die Wegzeiten seit den 70er Jahren erhoben, das betrifft aber vor allem die Wegzeiten zwischen den Agglomerationszentren und damit einen grösseren räumlichen Zusammenhang. Das Bedürfnis, das was im städtischen Verkehrskonzept definiert wurde zu messen, ist

nachvollziehbar. Aber man muss darüber nachdenken, welches Werkzeug richtigerweise angewendet werden soll. Die SVP lehnt die Überweisung des Postulats ab.

Ch. Ingold (EVP): Ausser Ch. Ingold hat kein Mitglied der EVP-Fraktion das Postulat unterschrieben, deshalb will er sich kurz dazu äussern. Die Idee einer einheitlichen Messgrösse für alle Verkehrsmittel hat Ch. Ingold eingeleuchtet, weil so transparent wird, welche Transportart auf welchen Strecken zu favorisieren sind. Damit könnte geklärt werden, welches Transportmittel von Seen nach Oberwinterthur in Stosszeiten am schnellsten ist. Ebenfalls würde klar, dass zum Beispiel der ÖV zwischen Töss und Hauptbahnhof sogar schneller sein kann als das Velo und zwischen Töss und Oberwinterthur, je nach Tageszeit, die Autobahn die beste Lösung darstellt. Nach eingehendem Nachdenken kam Ch. Ingold zum Schluss, dass diese Wegzeitinformationen wohl wenigen nützen würden. Der durchschnittliche Verkehrsteilnehmer benützt üblicherweise ein oder maximal zwei Verkehrsmittel, beziehungsweise Transportarten. Sehr wenige sind sogenannte Hybridbenutzer und verwenden, je nach Opportunität, einmal das Velo, dann wieder den Bus und steigen auch ins Auto ein, wenn es sich lohnt. Interessant wären die Konsequenzen dieser Wegzeitinformationen. Verschiedene Departemente müssten noch enger zusammenarbeiten und daraus ihre Schlüsse ziehen. Das Postulat lässt die Konsequenzen im Unklaren. Die Daten allein bewirken wenig und dass aufgrund der neuen Informationen an völlig unerwarteten Orten Velowege neu geplant, abenteuerliche Fussgängerverbindungen optimiert und kühne Autoverbindungen verbessert würden, kann sich Ch. Ingold nicht vorstellen. Vor allem vermutet er, dass die potenziellen Verbesserungen auf die ohnehin bekannten Problemzonen und Verbindungen fallen würden. Aus diesen Gründen verzichtet die EVP-Fraktion auf eine Unterstützung.

W. Schurter (CVP): Die CVP lehnt die Überweisung des Postulats ab. Die Argumente hat D. Oswald bereits vorgebracht und alles richtig erklärt. Die Wegzeiten sind für die Handwerker zentral. Die Wegzeiten werden aber nicht nur in der Volkszählung erfasst. Auch im Mikrozensus Mobilität Schweiz 2010 wird von Wegzeiten gesprochen, aber pro Verkehrszweck – also Einkauf, Pendler, Freizeit etc. Das ist im Zusammenhang mit diesem Postulat nicht geplant. Über Google kann die ideale Reisezeit abgefragt werden. W. Schurter nutzt diese Dienste manchmal und hat festgestellt, dass die Zeiten, was den öffentlichen Verkehr angeht, recht zuverlässig sind. Bei Autofahrten kann es durchaus einen Faktor mehr sein. Zusammengefasst: Die Aussagen von Ch. Ulrich und D. Oswald kann die CVP unterstützen und lehnt deshalb das Postulat ab.

M. Wenger (FDP): Im Postulat steht nirgends, dass die Erhebungen flächendeckend erfolgen sollen, sondern auf den wichtigsten Strecken. Es ist nicht die Absicht jede Strecke zu erfassen. Auch in der Steuererklärung sind Wegzeiten und die Anzahl Kilometer eine relevante Grösse. M. Wenger sieht aber, dass das Postulat einen schwierigen Stand hat.

Stadträtin Pedernana: Der Stadtrat bittet die Ratsmitglieder, das Postulat abzulehnen und zwar einfach weil die Ressourcen nicht vorhanden sind. Die Stadt hat andere Aufgaben zu bewältigen. Die entsprechenden Daten sind zudem vorhanden. An einzelnen Stellen werden die Erhebungen ausgebaut, damit gewisse Frequenzen erfasst werden können. Aber der Aufwand für die Erfassung der Wegzeiten von Fussgängern, Velofahrenden, Passagieren des ÖV und Autofahrenden ist in personeller und finanzieller Hinsicht zu gross. Die Ressourcen müssen zweckmässiger eingesetzt werden, damit die vielen Planungsarbeiten, die im Zusammenhang mit dem Gesamtverkehrskonzept und dem Agglomerationsprogramm anstehen, bewältigt werden können.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Ablehnungsantrag der Grüne/AL-Fraktion abstimmen.

Der Rat lehnt das Postulat mit deutlicher Mehrheit sofort ab.

10. Traktandum

GGR-Nr. 2011/112: Begründung des Postulats M. Wäckerlin (PP), H. Keller (SVP) und M. Wenger (FDP) betreffend MIV Querung Grüze

M. Wäckerlin (PP): Der Stadtrat soll die Planung der Querung Bahnhof Grüze so vornehmen, dass eine eventuelle spätere Mitnutzung durch den motorisierten Individualverkehr nicht ausgeschlossen ist. Ausserdem soll er weitere Massnahmen prüfen, wie die Verbindung des alten Stadtzentrums mit dem geplanten Grossausbau in Winterthur Hegi für den Individualverkehr besser gestaltet werden kann. Wenn der Stadtrat eine bipolare Stadt mit zwei Zentren haben will, darf er diese Zentren nicht nur an die Autobahn anschliessen, er muss sie auch innerhalb der Stadt angemessen vernetzen, und zwar für alle Verkehrsmittel. M. Wäckerlin verlangt nicht, dass die Querung von Beginn weg geöffnet wird, es soll lediglich die Möglichkeit geschaffen werden, das bei Bedarf zu tun. Wenn wir Verkehrsprobleme bekommen, die wir nicht mehr so einfach lösen können, wird uns das ein Mehrfaches an Kosten verursachen. Für wenig Mehraufwand kann hier ein Potential für die Zukunft erhalten werden. Klug geplant entstehen gar keine Mehrkosten. Eigentlich müsste M. Wäckerlin gar nichts mehr sagen, nichts tun, die Meinungen sind gemacht. Der Vorstoss wird versenkt werden. Trotzdem wird ihn eine grosse Minderheit unterstützen. Diese Minderheit darf der Stadtrat nicht einfach nur ignorieren, denn sie repräsentiert den Teil der Bevölkerung, der an der letzten Bevölkerungsbefragung 2011 den motorisierten Individualverkehr an erster Stelle nennt auf die Frage, wo sich die Lebensqualität verschlechtert hat (vergleiche Seiten 9, 10, 11). Zwar sind Baustellen das meistgenannte Problem, es lässt sich aber nicht leugnen, dass mit dem Bevölkerungswachstum auch die Stauproblematik massiv zugenommen hat in den letzten zehn Jahren. Man kann eben nicht an Einwohnern wachsen und gleichzeitig glauben, der Zuwachs liesse sich allein mit «Langsam- und öffentlichem Verkehr» bewältigen. Hier verschliesst der Stadtrat – und leider auch die Mehrheit des Parlaments – die Augen vor einem Problem, das vielen Einwohnern wichtig ist.

Der Vorstoss steht nicht nur für sich allein, sondern für eine generell verfehlte Verkehrspolitik in der ganzen Stadt. M. Wäckerlin hat diese Verkehrssituation in der Grüze nicht zufällig ausgesucht, sondern aus einem objektiven und einem subjektiven Grund. Erstens ist eine gigantische Überbauung geplant, die nach der Befürchtung von M. Wäckerlin den ohnehin kritischen Verkehr kollabieren lassen wird. Zweitens kennt er durch seinen Wohnort die Situation und die Sorgen der Anwohner recht gut, er kann hier also auch kompetente Aussagen treffen. Innerhalb der letzten zehn Jahre ist das Verkehrsaufkommen am Kreisel Orbühl und an der Einmündung Seenerstrasse-Frauenfelderstrasse massiv gestiegen. Baut man Neuhegi und tut man nichts ausser einer Autobahnerschliessung, wird der Verkehr zusammenbrechen. Dennoch müsste die Stadt das Prinzip, dass der motorisierte Individualverkehr nicht vernachlässigt werden darf auf die ganze Stadt ausdehnen. Gewisse Stadträte und auch Gemeinderäte werden nicht müde zu betonen, dass das städtische Gesamtverkehrskonzept ohne Gegenstimme angenommen worden sei. Dabei wird absichtlich vergessen, dass dies aus Gründen der Staatsraison geschah, damit die Stadt gegenüber Bund und Kanton stark auftreten kann. Von vielen Seiten wurde massive Kritik geübt. Es wurde auch von allen Seiten betont, dass jede einzelne Massnahme für sich genommen nochmals angeschaut und diskutiert werden muss. Wer nun argumentiert, das städtische Gesamtverkehrskonzept sei ohne Gegenstimme gutgeheissen worden, begeht eine absichtliche Täuschung. Für M. Wäckerlin ist die Konsequenz, dass er nie wieder aus politischer Raison einer Vorlage zustimmen wird. Der Gemeinderat kann nun die Warnung von M. Wäckerlin ernst nehmen und reagieren, oder den notwendigen Ausbau der Verkehrskapazität für den Individualverkehr weiterhin ablehnen. So oder so hofft M. Wäckerlin, dass seine Prognosen nicht eintreffen werden und der Verkehr auch in zehn Jahren noch fliesst. Sollte er aber recht haben, wird er den Gemeinderat daran erinnern. Nicht hämisch, sondern mit Bedauern.

H. Keller (SVP): M. Wäckerlin hat die meisten Argumente bereits vorgebracht. H. Keller möchte aber daran erinnern, dass R. Diener erklärt hat, dass die Stadtteile Oberwinterthur

und Hegi rasant wachsen und für die Velos unbedingt eine Unterführung gebaut werden muss. H. Keller fährt oft mit dem Velo diese Streckt und hat immer genügend Platz. Wenn er mit dem Auto fährt, fehlt der Platz leider. Es ist bekannt, dass die vielen neuen Wohnungen, die in Hegi und in Oberwinterthur gebaut werden, automatisch mehr Verkehr zur Folge haben. Leider. Deshalb ist es unerklärlich, warum der Stadtrat eine Entlastung für dieses Gebiet durch eine Unterführung in der Grüze für den motorisierten Individualverkehr nicht erneut prüfen will. Die St. Gallerstrasse, nach Schottikon, Elgg und weiter in den Kanton Thurgau, ist sehr gut ausgebaut. Das ist bekannt. Die Strasse ist meist leer. Sie wird nicht genutzt, weil die Wartezeiten an den Bahnschranken in der Grüze zu lange dauern. Momentan erlebt H. Keller täglich, dass die meisten Thurgauer von der Grüze über Oberwinterthur und zum Teil über den Kistenpass und Wiesendangen zurück in den Kanton Thurgau fahren. Wiesendangen leidet unter dem hohen Verkehrsaufkommen. Es gäbe eine starke Entlastung von Oberwinterthur und Hegi, wenn die Unterführung in der Grüze vom MIV genutzt werden könnte. Alle Autofahrer, deren Ziel der Kanton Thurgau ist, würden diesen direkten Weg wählen. H. Keller hat mit Betroffenen darüber gesprochen. Er bittet die Ratsmitglieder, einmal in Wiesendangen die Verkehrsfrequenz zu überprüfen. Hunderte Autos fahren von der Grüze über Wiesendangen in den Kanton Thurgau. Aus diesen Gründen bittet H. Keller den Stadtrat, das Anliegen zu prüfen.

M. Wenger (FDP): Heute wurde bereits über die Veloschnellroute und eine Verbesserung der Anbindung an die Stadt diskutiert. Es sollte immer die bestmögliche Lösung gesucht werden. Vorschläge sollten deshalb nicht zum Vornherein ausgeschlossen werden. Für den motorisiert Individualverkehr eine Prüfung der Querung Bahnhof Grüze auszuschliessen, ist kurzfristig gedacht und nicht nachhaltig. Damit alle Varianten geprüft werden können, bittet die FDP die Ratsmitglieder, dem Postulat zuzustimmen.

F. Landolt (SP): Es ist eine Tatsache, dass der Verkehr zugenommen hat. Die Frage ist, was macht man mit dieser Feststellung. Entweder es werden Strassen gebaut, diese Variante liegt dem Postulat zugrunde, oder man fängt an nachzudenken. Das ist mit der Entwicklung des städtischen Gesamtverkehrskonzepts (sGVK) passiert. Man hat nachgedacht und ist zum Schluss gekommen, dass die Querung in der Grüze für den MIV nicht erschlossen werden kann, weil der Stau dadurch einfach verschoben würde. Genau das soll mit dem sGVK vermieden werden. In Übereinstimmung mit der Umverkehrsinitiative soll die Verkehrszunahme durch den ÖV und den Langsamverkehr übernommen werden. Das ist das Wesen des sGVK. Wenn man jetzt genau diesen Kern in Frage stellt, respektive verneint, dann fehlt F. Landolt das Verständnis. Die SP wird die Überweisung des Postulats ablehnen.

R. Diener (Grüne/AL) muss fast zwingend beantragen das Postulat abzulehnen. Was H. Keller in seinem Votum vorgeschlagen hat, ist Unsinn. Sollen die Autos, die jetzt nach Oberwinterthur fahren, in die Stadt und auf die Technikumstrasse ausweichen? Noch mehr Autos haben in der Stadt keinen Platz. Die Technikumstrasse ist bereits überlastet. R. Diener kann das Votum von F. Landolt nur unterstützen. Die Stadt hat die Aufgabe und das Ziel den Verkehr effizienter zu gestalten. Das bedeutet, dass der MIV etwas hintenan stehen muss. R. Diener hat nie gesagt, dass das auch für das Gewerbe gelten soll. Es ist klar, dass der MIV notwendig ist – für Transporte und für gewerbliche Tätigkeiten. Für diese Leute muss Platz geschaffen werden auf den Strassen. Das heisst aber nicht, dass jede mögliche Verbindungachse geöffnet werden muss, damit der Verkehr weiterhin in die Stadt fluten kann und der MIV die Strassen verstopft. Das kann es nicht sein. Der Stadtrat muss versuchen die Ziele, die er sich selber gesetzt hat, zu erreichen. Deshalb bittet R. Diener die Ratsmitglieder, das Postulat abzulehnen. Der Weg, den MIV in die Stadt zu lenken, ist die dümmste aller möglichen Ideen. Man könnte noch eher über eine Entlastungstrasse in Hegi diskutieren. Das wäre eine vernünftigere Variante.

L. Banholzer (EVP): Die EVP-Fraktion ist überzeugt, dass man den MIV in der Stadt nicht weiter anwachsen lassen darf. Eine attraktive Querung beim Bahnhof Grüze für Autos zu öffnen, würde dem Ziel einer Verlagerung des zusätzlichen Verkehrs auf den ÖV und den

Langsamverkehr zuwider laufen. Es würde in jedem Fall bedeuten, dass mehr Verkehr in die Stadt fliesst. Die EVP will an den Zielen des sGVK festhalten und die Überführung so schnell wie möglich für den ÖV realisieren. Die EVP-Fraktion wird das Postulat nicht unterstützen.

A. Steiner (GLP): Die GLP wird diesem Postulat nicht zustimmen, weil es den Zielen widerspricht, die sich die Stadt gesetzt hat. Der Raum auf den Strassen in der Stadt ist beschränkt. Verschiedene Strassen sind bereits verstopft und sind insbesondere auch für diejenigen schlecht passierbar, die darauf angewiesen sind. Es war von Handwerkern die Rede und vom öffentlichen Verkehr. Jetzt kann man sich überlegen, wem dieser Raum zur Verfügung stehen soll. Den Vorzug sollen diejenigen erhalten, die am effizientesten viele Leute transportieren. Das kann nicht das Auto sein, das in der Regel eine Person transportiert. Aus diesen Gründen wird die GLP das Postulat ablehnen.

M. Baumberger (CVP): Die CVP unterstützt das Postulat einstimmig. Diese Unterstützung wurde durch die emotionale Rede des Präsidenten der Grünen noch verstärkt. M. Baumberger kann einen Vorschlag machen. Irgendjemand muss bestimmen, wer noch auf die Strasse darf. Man könnte ein Komitee gründen unter der Führung von R. Diener, das auf Anfrage die Erlaubnis erteilt, das Auto zu benutzen. Vielleicht darf man mit dem Auto fahren, wenn man den Grünen beiträgt. Spass beiseite. Es ist wichtig, sich über diese Problematik Gedanken zu machen, deshalb begrüsst die CVP die Stossrichtung dieses Postulats von H. Keller (SVP), M. Wenger (FDP) und von M. Wäckerlin (PP). Der Antrag macht Sinn und widerspiegelt die Realität auf der Strasse. Die CVP kann sich dieser Forderung anschliessen und fordert den Stadtrat auf, immer zuerst auch die Realitäten für das Gewerbe und die Bewohner zu prüfen und nicht nur für eine der beiden Gruppen. Im Moment ist leider die Tendenz vorhanden, dass die Bewohner dem Gewerbe vorgezogen werden. Der Stadtrat sollte die Option offen halten, dass diese Querung wenigstens in Zukunft vom MIV benutzt werden kann.

H. Keller (SVP): Wenn zwei Strassen genutzt werden können, teilt sich der Verkehr auf. Wer aus dem Thurgau kommt, fährt über Oberwinterthur durch die Stadlerstrasse und die Frauenfelderstrasse. Wenn die Hälfte des Verkehrs die St. Gallerstrasse benützt, die einen werden dann über die Breite und die anderen über die Technikumstrasse fahren, dann teilt sich der Verkehr auf. H. Keller würde sich ebenfalls wünschen, dass die Stadt keine Strassen bauen müsste. Aber gerade die Ausfahrt aus der Stadt ist problematisch. In keiner anderen Stadt gibt es so viele Staus stadtauswärts. Jeden Abend fährt H. Keller mit dem Velo am Stau, vom Technikum bis zur Frauenfelderstrasse, vorbei. Damit wird die Umwelt auf blödsinnige Weise zerstört, mit Staus stadtauswärts, die absolut nicht nötig wären. Mit der Querung beim Bahnhof Grüze könnten Staus vermieden werden. Die Autos sind vorhanden. Vor allem die Grünen sagen allen, sie sollen kommen. Vielleicht muss die Einwanderung doch gestoppt werden.

R. Diener (Grüne/AL): Mit diesem Postulat soll die Querung Grüze geprüft werden. Ziel dieser Verbindung kann nur die Fahrt Richtung Stadt sein. Genau dort sind die grössten Engpässe. Das ist die Thematik. Es gibt wichtige Stimmen vom Gewerbe in Neuhegi, die keinen MIV auf dieser Strasse wünschen. R. Diener ist nicht der einzige, der es ablehnt, den MIV über diese Querung in die Stadt fahren zu lassen. Letztendlich wird sich der Verkehr auf der Technikumstrasse stauen.

D. Berger (Grüne/AL): Die Aussage betreffend verstopfte Ausfallstrassen ärgert D. Berger. Er fährt jeweils mit dem Bus auf einer Ausfallstrasse und muss minutenlang auf den Bus warten, weil die Strasse voller Autos ist. In jedem Auto sitzt eine Person. Das ist das Problem. Es ist kein Problem der Zuwanderung und es wurden auch nicht zu wenige Strassen gebaut. Das Verkehrsverhalten ist das Problem. Es regt D. Berger massiv auf, wenn er an der Bushaltestelle wartet und in jedem vorbeifahrenden Auto sitzt eine Person, während er auf seinen Mercedes wartet, der im Verkehr stecken geblieben ist. H. Keller kann gerne mit D. Berger an der Busstation warten und die Autos zählen. Dann kann man ausrechnen, wie das System effizienter gestaltet werden kann. Dort muss man ansetzen und nicht noch mehr

Schleusen öffnen, damit noch grössere Autos mit weniger Leuten darin die Strassen befahren können.

M. Wäckerlin (PP) möchte etwas richtigstellen. Es sind zwei Sachen im Postulat enthalten. Der Hauptteil betrifft die Erschliessung der Sulzerallee über die Querung beim Bahnhof Grüze Richtung St. Gallerstrasse. Dass an der St. Gallerstrasse eine Unterführung gebaut werden könnte, ist eine andere Idee, die durchaus sinnvoll wäre. Mit dem ersten Vorschlag soll die Wohnbevölkerung und das Gewerbe von Hegi, respektive von Neuhegi, an den alten Stadtkern angebunden werden. Bis zu einem gewissen Grad hat R. Diener Recht. Die Technikumstrasse ist ebenfalls problematisch. Aber tatsächlich wird sich der Verkehr verteilen. Es gibt mehrere Wege. Ein Problem ist, dass man von Hegi aus die anderen Stadteile kaum mehr erreicht. Auch die Beweglichkeit innerhalb von Winterthur, das betrifft vor allem das Gewerbe, muss erhalten bleiben. Das Postulat zeigt eine Möglichkeit auf. Damit würde eine Option geschaffen, die genutzt werden kann.

Stadträtin P. Pedernana: Alle Verkehrsmittel haben grundsätzlich ihre Berechtigung und niemand muss eines davon verteufeln. Stadträtin P. Pedernana ist überzeugt, dass immer mehr Leute ihr Verkehrsmittel situationsgerecht wählen. Wenn schwere Transporte anstehen, werden sie das Auto oder ein Taxi benützen, um schnell von einem Ort zum anderen zu gelangen, bevorzugen sie das Moped oder das Velo. Diese Flexibilität wird weiter zunehmen. Zu recht haben verschiedene Ratsmitglieder auf die Staus in Winterthur hingewiesen. Die Stadt wächst, deshalb muss mehr Kapazität geschaffen werden, das heisst es müssen mehr Personen von A nach B transportiert werden. In der bipolaren Stadt ist vor allem der Weg zwischen Neuhegi und dem Stadtzentrum sehr wichtig. Auf der St. Gallerstrasse bilden sich bereits heute Staus. Wenn die Transportkapazität erhöht werden soll, braucht es eine Vielfalt von Lösungsansätzen. In einem Punkt kann die Stadträtin die Aussage von R. Diener (Grüne/AL) bestätigen. Die ansässigen Betriebe im Industriegebiet Neuhegi wünschen keinen zusätzlichen MIV. Die Gewerbetreibenden in diesem Gebiet sind froh, wenn der Bus die Querung nutzt, wenn möglich sollen Velos ausgeschlossen werden. Der MIV soll auf der neuen Zentrumserschliessungsstrasse direkt an die A1 angebunden werden. Über den Schleichverkehr durch Wiesendangen hat der Stadtrat bereits mehrmals mit dem Gemeinderat von Wiesendangen diskutiert. Leider profitieren auch die Bewohnerinnen und Bewohner von Wiesendangen von diesen kurzen Wegen. Der Gemeinderat von Wiesendangen ist der Überzeugung, dass die Einschätzung der Verkehrssituation im Dorf sich im Verlauf der nächsten Jahre verändern wird und die Gemeinde die Verkehrsprobleme selber lösen kann, indem die Verkehrsregelung angepasst wird. Als Begründung, warum noch mehr Verkehr auf die St. Gallerstrasse geführt werden soll, taugen die Verkehrsprobleme von Wiesendangen kaum. Stadtauswärts wäre das weniger ein Problem als Stadteinwärts – insofern kann Stadträtin P. Pedernana H. Keller recht geben. Die Zuwanderung wurde erwähnt: Regierungsrat E. Stocker hat die Stadträtin auf eine Studie über das Verhalten der Zugewanderten aufmerksam gemacht, diese bietet keine Argumente gegen eine Zuwanderung, weil die Zugewanderten in der Regel ein sehr urbanes Mobilitätsverhalten an den Tag legen. Sie verzichten oft auf ein Auto und benutzen vor allem den ÖV. Wenn der Gemeinderat das Postulat ablehnt, hat er sich in seinen Entscheiden als sehr robust erwiesen und sich im Sinne des sGVK entschieden. Stadträtin P. Pedernana würde sich freuen, wenn das so wäre.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Ablehnungsantrag abstimmen.

Der Rat lehnt die Überweisung des Postulats mit 28 zu 27 Stimmen ab.

11. Traktandum

GGR-Nr. 2011/076: Beantwortung der Interpellation A. Steiner (GLP/PP) betreffend Aktionen gegen das Littering

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort, die in den einleitenden Ausführungen detailliert und interessant ausgefallen ist. Dafür hat der Stadtrat die Antworten zu den Fragen eher kurz gehalten. Frage 1: A. Steiner möchte wissen, welche Erfahrungen die Stadt mit den Littering-Botschafterinnen und Botschaftern, die im Stadtpark eingesetzt wurden, gemacht hat. Frage 2: Die Antwort betreffend Einbezug der Take-Away-Anbieterinnen und Anbieter ist sehr kurz ausgefallen. A. Steiner will mehr über die Erfahrungen wissen. In der Antwort werden keine Beispiele geliefert. Zudem ist unklar, ob die Stadt mit gewissen Take-Away-Anbietern Verträge abgeschlossen hat, wie diese aussehen und zu welchen Leistungen die Anbieter verpflichtet sind. A. Steiner weist darauf hin, dass in der Stadt Luzern in einem grösseren Rahmen entsprechende Vereinbarungen umgesetzt werden. Das Personal eines Take-Away-Anbieters ist angehalten in der Umgebung des Shops für Ordnung zu sorgen. Zudem müssen genügend Abfalleimer und Pet-Container aufgestellt werden. Frage 3: Grosse Städte, wie zum Beispiel Basel oder Bern, beweisen, dass es möglich ist mit den Veranstaltern von Festen Vereinbarungen zu treffen, damit Mehrweggeschirr angeboten wird. Das würde A. Steiner nicht unbedingt an einem Albanifest umsetzen wollen, obwohl es bereits Versuche gegeben hat. Sie denkt vor allem an die Dorfete. Das hätte nicht nur den Vorteil, dass die Haltung der Bevölkerung in Bezug auf das Wegwerfen von benutztem Geschirr gesteuert werden kann, sondern erhöht auch die Lebensqualität an den Festen. Oft kann man ab 22.00 Uhr kaum mehr durch das Festgelände gehen ohne über den Abfall, der überall am Boden liegt, zu stolpern. A. Steiner möchte den Stadtrat ermutigen auf die einzelnen Veranstalter offensiver zuzugehen, damit sie Mehrweggeschirr benutzen.

Ch. Ingold (EVP): Wie kann man dem Littering Meister werden. Ch. Ingold sieht zwei Herangehensweisen, die beide zum Ziel führen können. Entweder die Menschen werden erzo-gen oder die Rahmenbedingungen werden entsprechend gestaltet. In der Prävention spricht man von verhaltens- oder verhältnisorientierten Massnahmen. Beim Littering empfehlen sich beide Massnahmen als koordiniertes Vorgehen. Die Stadt setzt das auch um, zum Beispiel mit einer zwar ziemlich schwachen Kampagne, indem Politiker und Politikerinnen zu vernünftigen und verantwortungsvollem Umgang mit Abfall aufrufen. Zudem können bei Verunreinigung des öffentlichen Grundes Ordnungsbussen verhängt werden. Scheinbar genügen diese Massnahmen nicht. Vielleicht sollten die verhaltensorientierten Massnahmen verbessert und vertieft werden. Der vermehrte Einsatz von engagierten Botschafterinnen und Botschaftern über mehrere Jahre brächte hier sicher Fortschritte. Darüber kann man sich zwar lustig machen, wie die Autoren der Interpellationsantwort zu Frage 1. Alternative Vorschläge machen, wäre aber besser. Schliesslich bleibt noch die weniger elegante Variante – einfach mehr Putzen. Wo kein Abfall ist, gesellt sich auch selten weiterer dazu und umgekehrt zieht Müll noch mehr Müll an. Dieses Phänomen ist bei den alten Recycling-Sammelstellen zu beobachten. Zusätzliche Reinigung kostet zwar, aber saubere Städte wie Kopenhagen oder Stockholm lassen sich diese Massnahmen etwas kosten. Wie viel ist ein sauberes Winterthur wert und wer soll dafür eingesetzt werden, wenn das reguläre Personal zu teuer ist?

B. Baltensberger (SP) dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Es wird umfassend dargestellt, was im Rahmen des städtischen Littering-Konzepts alles unternommen wird, damit die Stadt Winterthur als saubere Stadt wahrgenommen wird. Es handelt sich um zahlreiche Massnahmen präventiver und repressiver Art. Das bewährt sich offenbar. Gemäss Bevölkerungsumfrage im Jahr 2011 sind die Einwohnerinnen und Einwohner mit der Sauberkeit der Stadt mehr oder weniger zufrieden. Das hat seinen Preis – 8 bis 9 Millionen müssen jährlich aufgebracht werden. Es lässt sich sicher einiges optimieren mit sinnvollen Massnahmen. Gemäss Interpellationsantwort fehlt es nicht an genügend Abfallkörben, der Abfall wandert aber nicht allein in diese Gefässe. In der Antwort wird eine Studie der Universität

Basel zitiert, die im Auftrag des Städteverbandes gemacht wurde. Darin wird festgehalten, dass die fliegende Verpflegung den grössten Teil des Abfalls verursacht. Im Einzelnen sind das die Verpackungen von Take-Away-Mahlzeiten, Getränkedosen, Glas- und Petflaschen aber auch Gratiszeitung und Zigarettenstummel. Einmal mehr stellt sich die Frage der Abfallvermeidung beziehungsweise der entsprechenden Massnahmen. Dieser Bereich fehlt in der Interpellationsantwort weitgehend. Frage 3: Der Stadtrat schreibt, dass in den Departementen Sicherheit und Umwelt und Bau ein Grobkonzept für die Abfallvermeidung bei Veranstaltungen erarbeitet wird. Das ist wichtig und gut, sollte aber nicht nur für Veranstaltungen gelten. Abfallvermeidung sollte auch dort thematisiert werden, wo am meisten Abfall produziert wird – konkret bei Take-Away-Anbietern. In diesem Sinne hofft B. Baltensberger, dass das Thema Abfallvermeidung in Zukunft einen grösseren Stellenwert erhält.

W. Langhard (SVP): Die SVP dankt dem Stadtrat für die Antwort, ist aber nicht begeistert davon. Schade ist, dass die Departementsleiterin des Departements Sicherheit und Umwelt nicht anwesend ist, weil das auch ein Bestandteil ihres Departements ist. Die SVP ärgert sich über das achtlose Wegwerfen von Abfällen auf Strassen und Plätzen. Es ist so schlimm, dass die Bauern Aktionen starten und Plakate aufstellen mit dem Text: „Abfall tötet Tiere“. Früher war die Schweiz für ihre Sauberkeit bekannt. Wenn man ins Ausland geht, zum Beispiel Richtung Kanada, muss man feststellen, dass Winterthur eine dreckige Stadt ist. Wenn W. Langhard über den Vorplatz beim Bahnhof geht, fällt ihm alle 10 cm ein weisser Fleck auf, der von weggeworfenen Kaugummis stammt. Auch das gehört zum Littering. Das sieht man in Kanada nicht. Dort sind überall Tafeln aufgestellt mit der Warnung, dass Littering gebüsst wird. Das ist in anderen Städten ebenfalls so. In Winterthur ist das nicht der Fall. Littering ist nicht nur im Stadtgarten, im Eulachpark oder im Graben ein Problem. Abfall wird auch auf privaten Plätzen, in der ganzen Stadt und in kleinen Parks weggeworfen. An diesen Orten wird kaum aufgeräumt. W. Langhard macht ein Kompliment an alle, die früh morgens putzen aber auch die Hauswarte, müssen rund um die Schulhäuser regelmässig aufräumen, weil einige alles liegenlassen. Seit die Läden bis spät abends geöffnet sind, kaufen die Jugendlichen ein, nehmen den Alkohol mit und suchen sich einen Platz um zu feiern. Sie lassen sich vollaufen und auch das Kiffen gehört dazu.

W. Langhard hat die Jugendlichen, die sich bei der ZHAW aufhalten, schon oft anständig aufgefordert den Abfall aufzuräumen und den Platz zu verlassen. Er wurde ebenso oft angepöbelt und ausgelacht. Am nächsten Tag ist der Boden mit Abfall übersät. Was macht man dagegen? Ein Anruf auf die Nummer 117 genügt und die Polizei kommt mit einem Kastenwagen. Wenn die Polizisten die Jugendlichen anspricht, werden auch sie angepöbelt und belächelt. Nach einer Aufforderung der Polizei müssen die Jugendlichen aufräumen. Am nächsten Tag sind die gleichen Leute wieder vor Ort und werden von W. Langhard aufgefordert aufzuräumen und zu gehen. Daraufhin beginnt das gleiche Spiel wie am Vortag. Es passiert nichts. Jetzt liegt eine Polizeiverordnung vor. Die Polizei könnte 50 Franken verlangen. Wieso wird das nicht gemacht? W. Langhard möchte wissen wie viele Bussen die Polizei aufgrund von Littering einzieht. Sogar das Spucken und das Wegwerfen von Zigaretten könnte gebüsst werden. W. Langhard fordert den Stadtrat auf konkrete Massnahmen zu treffen, die Leute zu kontrollieren und zu büssen. Vielleicht hat das Verteilen von Bussen eine nachhaltige Wirkung. Das was jetzt in Winterthur getan wird, ist nicht nachhaltig. Jedes Wochenende herrscht an vielen Orten eine Sauordnung. Das kann es nicht sein. Das wird weiterhin so bleiben, wenn man nicht aktiv wird. W. Langhard erwartet vom Stadtrat, nicht von Stadträtin P. Pedernana, sondern von der Polizei, dass endlich eingegriffen wird.

T. Leeman (FDP): Was in Bezug auf das Littering passiert ist eine Sauerei. Die Stadt muss sauber sein. Die gesetzlichen Grundlagen sind vorhanden, die Polizei kann eingreifen. Deshalb sollte die Polizei mit Augemass die Ordnung durchsetzen. Damit kann sich die Stadt auch Ausgaben für zusätzliche Reinigungen sparen und kann das Budget eher einhalten.

M. Wäckerlin (GLP/PP): W. Langhard wundert sich, dass die Jugendliche lachen und seine Interventionen nicht ernst nehmen. Wenn die Polizei mit einem Kastenwagen und 8 Beamten auffährt, ist das doch mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Vielleicht ist es auch der Ton,

der die Musik macht. M. Wäckerlin hat schon anderes erlebt. Im Stadtpark hat er gesehen, dass Jugendliche Abfälle herumliegen lassen, daraufhin hat er sie höflich aufgefordert aufzuräumen. Er hat ihnen erklärt, dass die Stadt Kameras aufstellen wird, wenn sie weiterhin den Abfall liegen lassen. Das kann verhindert werden indem aufgeräumt wird.

Stadträtin P. Pedergnana: Littering ist ein Thema zu dem jeder erfreuliche oder weniger erfreuliche Begebenheiten kundtun kann. Man könnte stundenlang darüber diskutieren. Damit will die Stadträtin das Problem nicht verniedlichen und sie will auf keinen Fall den Eindruck erwecken, dass sich der Stadtrat in seiner Antwort über etwas lustig gemacht hat. Der Stadtrat nimmt Littering ernst. Für dieses Problem sind nicht einzelne Departemente zuständig, sondern jedes Departement ist betroffen. Man hat früher auf dem Reitplatz keine Abfalleimer aufgestellt. Nachdem man kleine Abfalleimer aufgestellt hatte, mussten sie schon bald durch immer grössere ersetzt werden. Mit der Zeit ist man beim Sportamt zum Schluss gekommen, dass das nicht die Lösung sein kann. Jedes Wochenende mussten riesige Mengen Abfall abtransportiert werden. Warum können die Besucherinnen und Besucher ihren Abfall nicht nach Hause nehmen, wie das früher üblich war? Die Stadt versucht immer wieder Lösungen zu finden und zu klären wie Abfallkübel platziert werden müssen, damit sie genutzt werden. Viele verhaltensorientierte Massnahmen wurden bereits eingeleitet. Es ist üblich, dass man mit Klassen bei den Schulhäusern Abfall aufsammelt. Entlang der Töss oder entlang öffentlicher Gewässer ist der Kanton zuständig. Der Stadtrat ist stolz, wenn es gelingt innert kürzester Zeit nach dem Albanifest oder nach der Fasnacht in der Stadt wieder aufzuräumen. Ansonsten wird das möglichste unternommen, um mit den knappen Mitteln, die zur Verfügung stehen, die Stadt so sauber wie möglich zu halten.

Ratspräsident J. Lisibach: Damit ist das Geschäft 2011/076 erledigt und wird abgeschrieben.

13. Traktandum

GGR-Nr. 2010/133: Beantwortung der Interpellation Ch. Baumann (SP) betreffend Ausrichtung der Schulsozialarbeit

Ch. Baumann (SP): Die SP nimmt die Interpellationsantwort kritisch entgegen. Ein Postulat wurde bereits nachgereicht. Der zuständige Stadtrat zeigt in der Interpellationsantwort den Werdegang der Schulsozialarbeit und die heutige Ausprägung auf. Der SP fallen folgende Punkte auf: Nach 6 Jahren Laufzeit ist die Schulsozialarbeit an verschiedenen Orten noch immer sehr individuell ausgeprägt. Es ist nicht ersichtlich, wie die qualitative Steuerung der Schulsozialarbeit von der zuständigen Stelle übernommen wird. Es fehlt auch ein Tätigkeitsbericht, der sich an genauen Kriterien orientiert. Die Tabelle auf Seite 6 zeigt, dass der Einsatz der Ressourcen der Schulsozialarbeit nur ungefähr abgewogen werden kann. Ein grosser Teil dieser Arbeit ist die Einzelberatung. Das beurteilt die SP kritisch. Präventionsarbeit und Klassenarbeit werden nur marginal wahrgenommen. Es ist ineffizient, wenn man lediglich auf den Goodwill der Schulen baut und das Departement, die Fachstelle oder die zuständigen Stellen keine klaren Zielvorgaben zur Ausrichtung machen. Genau diese Vorgaben würden auch die Wirkung der Schulsozialarbeit deutlich erhöhen. Es scheint als wolle man niemandem zu nahe treten. Die Stadt ist aber verpflichtet, die knappen Mittel effizient einzusetzen. Es geht darum Einfluss auf die Qualität zu nehmen. Das müsste von übergeordneter Stelle geschehen, vom Departement Schule und Sport (DSS), von der Zentralschulpflege (ZSP) oder von der Fachstelle. Es reicht nicht, durch Gespräche oder administrative Unterstützung die Schulsozialarbeit zu begleiten. Es müssen auch andere Führungsinstrumente eingesetzt werden. Die SP dankt für die Interpellationsantwort, hofft aber auf mehr Mut, Gestaltungswillen und klare Zielvorgaben von Seiten der Schule, damit die Schulsozialarbeit qualitativ verbessert und effizienter eingesetzt werden kann.

Ch. Ingold (EVP): Die Schulsozialarbeit ist nach dem gutgeheissenen Teilausbau auf gutem Weg. Der Stadtrat ist zum grossen Teil auf die Anregungen des Interpellanten eingegangen. Dennoch bleiben zwei Punkte offen. Nach wie vor basiert die schulische Sozialarbeit auf dem ursprünglichen Konzept von 2007. Eine Erweiterung drängt sich aufgrund des Teilausbaus eigentlich auf, um eine seriöse Arbeitgrundlage zu haben und zu gegebener Zeit auch eine Evaluation beziehungsweise einen in der Interpellation geforderten Tätigkeitsbericht erstellen zu können. Der Bericht wurde bisher aus finanziellen Überlegungen nicht realisiert. Ch. Ingold empfiehlt hierzu dringend den Kontakt zu den Fachhochschulen. Die verstärkte Ausrichtung auf die Prävention wird mit dem Teilausbau vorgenommen, wobei wiederholt werden muss, dass die Schulsozialarbeit allein die Prävention nicht verstärken, sondern lediglich die Angebote dazu bereithalten kann. Die Schulleitungen und Lehrpersonen sind verantwortlich, dass qualitative Prävention langfristig stattfindet und in den Dreijahresplänen verankert wird. Wenn mehr Prävention gewünscht wird und dies dürfte kaum in Frage gestellt werden, müssen diese Organe viel stärker für die Tatsache sensibilisiert werden, dass Prävention der erste Schritt für ein gutes Schulklima und eine erfolgreiche Schullaufbahn ist. Diese Sensibilisierung müssen die Schulsozialarbeitenden vor Ort leisten, indem sie Schulleitungen und Lehrpersonen optimal beraten und informieren. Hier besteht Handlungsbedarf. Es gehört ins Pflichtenheft der Schulsozialarbeitenden ihre Angebote immer wieder zu empfehlen und aufzuzeigen welche Wirkung erzielt werden kann und welche Fehlentwicklungen vermieden werden können. Der neue Leiter der Schulsozialarbeit hat die Chance hier einen Akzent zu setzen. Ein solcher konnte nach der ersten Ausschreibung leider noch nicht engagiert werden, eine zweite Runde wurde nötig, die jetzt auf gutem Weg ist.

Ch. Leupi (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt die Interpellationsantwort positiv zur Kenntnis. Negativ aufgefallen ist, dass der Tätigkeitsbericht fehlt. Dieser konnte, wie der Stadtrat aufzeigt, aufgrund mangelnder Ressourcen nicht realisiert werden. In Winterthur arbeiten, gemessen an der Anzahl Schülerinnen und Schüler, relativ wenig Schulsozialarbeiter. Die Schulsozialarbeit wurde jedoch bereits aufgestockt. Ch. Leupi hofft, dass das kantonale Minimum erreicht werden kann. Mit dieser Aufstockung sollte es möglich sein, einen Tätigkeitsbericht zu erstellen. Im Rahmen der Möglichkeiten haben die Schulsozialarbeiter ihre Arbeit gut gemacht und trotz der knappen Ressourcen ein Maximum herausgeholt. Das ist auch im Rahmen der Beratung zur Aufstockung der Schulsozialarbeit vermittelt worden. Die SVP dankt dem Stadtrat für die Antwort.

Ch. Magnusson (FDP): Die FDP dankt dem Stadtrat für die informative und ausführliche Antwort. Vom Nutzen der Schulsozialarbeit sind alle überzeugt. Die statistische Aufstellung zeigt, dass Winterthur stark unterbesetzt ist, und dass es mehr Schulsozialarbeit braucht. Ein Teilausbau konnte bereits realisiert werden. Es wäre wünschenswert, dass vor allem auf den unteren Stufen vermehrt Schulsozialarbeitende eingesetzt werden – auf Primarschulstufe eventuell sogar auf Kindergartenstufe. Vor allen sollten mehr Schulen als Stammschulen und nicht nur als Kontaktschulen geführt werden. Dafür benötigt man Geld. Ausserdem ist es wichtig, dass die Schulsozialarbeit unabhängig bleibt, dass sie zwar intensiv mit den Schulen zusammenarbeitet und einen direkten Kontakt pflegt, aber von den Schulen und den Schulleitungen unabhängig bleibt. Nur eine unabhängige Schulsozialarbeit ist auch ein ernstzunehmender Ansprechpartner für Probleme innerhalb der Schülerschaft. Eine Schulsozialarbeit, die als verlängerter Arm einer Schulleitung wahrgenommen wird, verliert jegliche Glaubwürdigkeit. Dieser Punkt ist den Schulsozialarbeitenden sehr wichtig. Deshalb steht die FDP dem Konstrukt eines Gesamtkonzepts und einer Oberleitung kritisch gegenüber. Je mehr gegen oben organisiert wird, desto weniger kann die Unabhängigkeit gewährleistet werden. Natürlich ist die FDP nicht gegen eine Qualitätssteigerung und vor allem nicht gegen Effizienz. Welche Zielvorgaben effektiv erfüllt werden sollen, das hängt sehr stark von den Bedürfnissen vor Ort ab. Ob man genügend Zeit hat für Prävention, ob der Beratungsbereich ausgebaut werden kann oder ob man sich ausschliesslich auf die Bearbeitung von wichtigen Einzelfällen konzentrieren muss, soll individuell und bedürfnisgerecht vor Ort ent-

schieden werden. In diesem Sinn ist die aktuelle Lösung zu befürworten. Insofern nimmt die FDP-Fraktion die Interpellationsantwort positiv zur Kenntnis.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion nimmt die Antwort positiv zur Kenntnis. Mittlerweile sind seit der Beantwortung 5 Monate vergangen. Ganz aktuell ist sie wahrscheinlich nicht mehr. Noch immer richtig ist, dass die Schulsozialarbeit ein wichtiger Teil der öffentlichen Schule darstellt. Ganz besonders dort, wo die Gesellschaft Veränderungen unterworfen ist. Die GLP/PP-Fraktion begrüsst es, dass die Schulsozialarbeit auf für die Schulen der Berufsvorbereitungsjahre (BVJ) zuständig ist. Frage 3: Es ist unmöglich den finanziellen Nutzen der Schulsozialarbeit genau anzugeben, speziell auch was Veränderungen in Bezug auf Sonderschulzuweisungen anbelangt. Schüler statt in die Sonderschule abzuschicken in die Regelklasse zu integrieren, ist keine vordringliche Aufgabe der Schulsozialarbeit, sondern der integrativen Förderung. Trotzdem sind Fälle denkbar, die von der Schulsozialarbeit aufgegriffen werden. Die Schulsozialarbeit hat einen eigenen Raum und gehört nicht direkt zum Lehrerteam, das soll auch so wahrgenommen werden. Das Angebot kann nicht einfach auf einen Betreuungsschlüssel reduziert werden, weil es von der Schülerschaft abhängig ist und von Faktoren wie kulturelle Vielfalt, Stadt/Land etc. Die GLP/PP-Fraktion unterstellt den Schulen nicht, dass sie mehr Bedarf anmelden als nötig. Beobachtungen haben gezeigt, dass die Schulen eher versuchen Probleme möglichst lange unter dem Deckel zu halten. Insgesamt ist die Schulsozialarbeit auf dem richtigen Weg.

W. Schurter (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Interpellationsantwort und nimmt sie, vor allem auch im Nachgang zu dem nach den Sommerferien vom Gemeinderat bewilligten Zusatzkredit für die Schulsozialarbeit, zustimmend zur Kenntnis. Mit Blick auf die Uhr kann sich W. Schurter den Ausführungen von Ch. Magnusson anschliessen.

Stadtrat St. Fritschi dankt für die mehrheitlich positive Kenntnisnahme der Interpellationsantwort. Die kritischen Kommentare des Erstinterpellanten hat Stadtrat St. Fritschi aufgenommen. Er muss aber betonen, je mehr Tätigkeitsberichte in der Verwaltung und im Departement Schule und Sport verfasst werden, desto weniger kann an der Front gearbeitet werden. Es ist dem Stadtrat ein Anliegen, dass die Verantwortlichen möglichst so eingesetzt werden, dass sie an der Front, das heisst in den Schulhäusern, arbeiten können. Sie sollen für die Schülerinnen und Schüler und Lehrpersonen nützlich sein. Das Schreiben von Tätigkeitsberichten bindet die Ressourcen derjenigen, die besser an der Front arbeiten. Ein kleiner Tätigkeitsbericht wird aber verfasst. Dieser ist zwar nicht sehr umfangreich, reicht aber aus. Es gibt eine Qualitätskontrolle, die aufzeigt, dass sich die Schulsozialarbeit auf einem guten Weg befindet – nämlich durch die Eltern, Schüler, Schulräte, Lehrpersonen, Schulpflegen aber auch durch die vorgesetzte Person innerhalb der Verwaltung. Stadtrat St. Fritschi ist zuversichtlich, dass die Qualität und Standardisierung der Schulsozialarbeit sichergestellt werden kann. Er ist zudem froh über das gute Feedback. Sämtliche Stellen wünschen sich mehr Schulsozialarbeit. Das ist ein Zeichen für gute Qualität. Auch dank der Unterstützung des Parlaments können jetzt Primarschule und Kindergarten ebenfalls durch die Schulsozialarbeit abgedeckt werden. Das hat zur Folge, dass vermehrt präventiv gearbeitet werden kann. Bisher konnte an den Kontaktschulen lediglich ein minimaler Standard erreicht werden. Stadtrat St. Fritschi ist zuversichtlich, dass mit dem Ausbau, den der Gemeinderat bewilligt hat, die Qualität weiter gesteigert werden kann. Die Aussage von Ch. Baumann, dass das Departement nicht den Mut hat, die Qualität zu überprüfen, entspricht nicht dem Feedback, das Stadtrat St. Fritschi bei seinen Schulbesuchen erhalten und das er in den Beratungen beobachtet hat. Er ist froh, dass er diese Erfahrungen machen konnte und dass die Schulsozialarbeit weiter ausgebaut werden kann und Kinder, Jugendliche und Lehrpersonen weiterhin unterstützt werden.

Ratspräsident J. Lisibach: Damit ist das Geschäft 2010/133 erledigt und wird abgeschlossen.

An der nächsten Ratssitzung vom 3. Dezember 2011 wird das Budget beraten.

Bürgerrechtsgeschäfte

1. B2011/001: BAJRAMI geb. IBRAIMI Sabrije, geb. 1969, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

U. Meier (SP): Die Kommission beantragt mit 6 zu 0 Stimmen die Rückstellung um ein weiteres Jahr. Der Rückstellungsantrag erfolgt vor allem aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse. Die Kommission hat Frau Bajrami nahegelegt ihre Deutschkenntnisse zu verbessern.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 weiteres Jahr.

2. B2011/012: ANTIC Sladan, geb. 1982, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger

U. Meier (SP): Die Kommission beantragt mit 5 zu 1 Stimmen Herrn Antic um ein weiteres halbes Jahr zurückzustellen. Grund dafür ist hauptsächlich mangelndes Wissen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um ein weiteres halbes Jahr.

3. B2011/088: NIKOLIC Dusanka, geb. 1962, serbische Staatsangehörige

St. Feer (FDP): Die Kommission beantragt mit 6 zu 0 Stimmen die Rückstellung um 1 weiteres Jahr. Grund sind mangelnde Deutschkenntnisse, auch in Bezug auf das Wissen konnte die Gesuchstellerin die Anforderungen nicht erfüllen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 weiteres Jahr.

4. B2011/098: DZEMAILI Bajram, geb. 1978, und Ehefrau DZEMAILI geb. REDZEPAJ Lirije, geb. 1974, mit Kindern Brikend, geb. 1999, und Uvejs, geb. 2003, serbische Staatsangehörige

St. Feer (FDP): Die Kommission beantragt mit 6 zu 0 Stimmen das Ehepaar Dzemaili 1 weiteres Jahr zurückzustellen aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse und mangelnden Wissens.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 weiteres Jahr.

5. B2011/102: SALLOUHI Raoudha, geb. 1968, mit Kindern MEHRI Nour, geb. 1999, MEHRI Saoussen, geb. 2000, MEHRI Aïscha, geb. 2003, und MEHRI Soundes, geb. 2007, tunesische Staatsangehörige

R. Diener (Grüne): Frau Sallouhi wurde zum zweiten Mal in der Kommission befragt. Sie hatte sehr grosse Probleme die Fragen zu verstehen. Aus diesem Grund konnte die Integrationsfähigkeit nicht bejaht werden. Die Kommission beantragt mit 6 zu 0 Stimmen die Gestuchstellerin um 1 weiteres Jahr zurückzustellen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 weiteres Jahr.

6. B2011/187: KARASU Muharrem, geb. 1980, türkischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

7. B2011/197: FETISHI Sufjan, geb. 1984, mazedonischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

8. B2012/047: NEZAJ Elis, geb. 1982, albanischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

9. B2012/074: SHEIKH NUR Marian, geb. 1968, mit Kind CABDIKARIIN Weris, geb. 2005, somalische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

10. B2012/076: STANKOVIC Dragan, geb. 1957, serbischer Staatsangehöriger, und Ehefrau STANKOVIC geb. CUCCURULLO Carmela, geb. 1954, italienische Staatsangehörige

St. Feer (FDP): Die Kommission beantragt mit 6 zu 0 Stimmen Herrn und Frau Stankovic um ein halbes Jahr zurückzustellen aufgrund mangelnder Kenntnisse des Stoffs.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um ein halbes Jahr.

11. B2012/077: AYALP Erdal, geb. 1982, türkischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

12. B2012/078: DA SILVA BAPTISTA António Júlio, geb. 1968, und Ehefrau PEREIRA MARTINHO BAPTISTA geb. PEREIRA MARTINHO Felisbela do Carmo, geb. 1973, mit Kind MARTINHO BAPTISTA Sabrina, geb. 2000, portugiesische Staatsangehörige

R. Diener (GLP): Das Ehepaar Da Silva Baptista Martinho hat grosse Probleme mit dem Sprachverständnis. Vor allem die Ehefrau hatte die Fragen kaum verstanden. Der Ehemann konnte nur wenige Fragen, die zur Schweiz gestellt wurden, beantworten. Aus diesem Grund beantragt die Kommission mit 6 zu 0 Stimmen die Rückstellung um 1 Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

13. B2012/079: D'AMBROSIO Silvio, geb. 1965, italienischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

14. B2012/080: DARABZADEH geb. SOHRABATI Qudsieh, geb. 1949, iranische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

15. B2012/081: ELSHANI Arben, geb. 1981, kosovarischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

16. B2012/082: KARADENIZ Kadriye, geb. 1957, türkische Staatsangehörige

F. Albanese (CVP): Die Gesuchstellerin konnte den sprachlichen und sachlichen Anforderungen gemäss einem genügenden Integrationsniveau nicht entsprechen. Die Bürgerrechtskommission beantragt deshalb mit 6 zu 0 Stimmen die Rückstellung um 1 Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

17. B2012/083: KERMENDI geb. UZAR Ljilja, geb. 1965, mit Kind Diana, geb. 1996, kroatische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

18. B2012/085: MAMOW ALI Yussuf, geb. 1940, somalischer Staatsangehöriger

U. Meier (SP): Mit Herrn Mamow konnte nur mit Mühe ein Gespräch geführt werden, weil er über wenig Deutschkenntnisse verfügt. Die Kommission beantragt mit 6 zu 0 Stimmen die Rückstellung um 1 Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

19. B2012/086: MITROVIC Boban, geb. 1979, serbischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

20. B2012/087: MOHIALDEEN Asoo Jalal Mohialdeen, geb. 1964, und Ehefrau IBRAHIM Vian Mohammednoori Ibrahim, geb. 1965, mit Kind JALAL Baban Asoo Jalal, geb. 2001, irakische Staatsangehörige

W. Steiner (SVP): Herr Mohialdeen und Frau Ibrahim verfügen über zu geringe Deutschkenntnisse, auch das Wissen über die Schweiz ist ungenügend. Aus diesem Grund beantragt die Bürgerrechtskommission mit 6 zu 0 Stimmen die Rückstellung um 1 Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

21. B2012/089: FONSECA DA SILVA Amândio, geb. 1960, und Ehefrau BALTAZAR MANSOS DA SILVA geb. BALTAZAR MANSOS Edite Maria, geb. 1961, portugiesische Staatsangehörige

E. Wettstein (SP): Die Kommission beantragt mit 5 zu 1 Stimmen die Rückstellung von Familie Fonseca Da Silva um ein halbes Jahr aufgrund der knappen Deutschkenntnisse der Ehefrau, auch die Kenntnisse des Stoffes waren ungenügend.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um ein halbes Jahr.

22. B2012/091: MEGLLEN geb. TURK Amalija, geb. 1946, und Ehemann MEGLLEN Jozef, geb. 1948, slowenische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

23. B2012/093: MUCCIO Daniele Vincenzo, geb. 1977, italienischer Staatsangehöriger, und Ehefrau MUCCIO geb. GOMEZ PLAZA Maria Laura, geb. 1982, venezolanische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

24. B2012/094: QELIA Agim, geb. 1971, mit Kindern Kledis, geb. 2003, und Damian, geb. 2005, albanische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

25. B2012/095: REXHEPI Xhavit, geb. 1982, mit Kindern Ajana, geb. 2007, und Mejsane, geb. 2011, kosovarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

Rastpräsident J. Lisibach gratuliert allen, die ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur aufgenommen worden sind.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Die 1. Vizepräsidentin:

Die 2. Vizepräsidentin:

J. Lisibach (SVP)

Ch. Benz (SP)

B. Günthard Fitze (EVP)